

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 3400.— Mk., bei Selbstabholung 3030.— Mk. — Preis der Einzelnummer 150.— Mk. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 18698. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24598

Inseratenpreise: Die 10 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 350.— Mk. bei Platzvorkauf 425.— Mk.; Familiennachrichten von Privatpersonen, die 10 gespaltene Kolonelle 180.— Mk. — Kellame-Kolonelle 1800.— Mk. Schluss der Inseratenannahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Der Vorstoß der bürgerlichen Koalition abgewehrt.

### Das Ausnahmegesetz gescheitert.

Die bürgerlichen Reichstagsfraktionen haben sich sonderbarerweise in den Standpunkt verannt, daß die Sozialdemokratie ihnen helfen müsse, einen Gesetzesparagrafen anzunehmen, den die Sozialdemokratie in seinen Auswirkungen als erste ungeheure Gefahr für die Arbeiterklasse ansieht. Diese Auffassung der bürgerlichen Fraktionen und die Festigkeit unserer Partei in der Ablehnung führten am Mittwoch im Reichstage zu langen Geschäftsordnungsdebatten, zu stürmischen Auseinandersetzungen, zu wilden Ausbrüchen und zu mancherlei parlamentarischen Manövern. Jedesmal aber zeigte sich, daß die bürgerlichen Parteien, die bei entsprechender Pflichten-Erfüllung ihrer Mitglieder durchaus die sichere Mehrheit haben, ihre Abgeordneten nicht in genügender Zahl herbeischaffen konnten. Zu Beginn der Sitzung brachte Genosse Dittmann in folgender Erklärung den Standpunkt der Partei zur Aussprache:

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterschaft neben den übrigen Schichten des Landes in dem schweren Abwehrkampf gegen den militärischen Einbruch an der Ruhr steht, schickt sich die Mehrheit des Reichstages an, ein Gesetz gegen sie anzunehmen, das als Ausnahmegesetz wirken muß.

Das Gesetz, welches nach Ansicht der Antragsteller ursprünglich bestimmt war, rohe Gewaltakte zur Sprengung von Versammlungen zu verhindern, hat in dem Ausmaß eine Gestaltung erfahren, welche auch andere Zwischenfälle in Versammlungen, die als ein Versuch zur Sprengung ausgelegt werden können, mit schweren Strafen bedroht.

Unser Redner hat anwiderlegt, zum Teil unwiderleglich festgestellt, daß in Bayern Organisationen gebildet werden, die den Versammlungsterror planmäßig organisieren, ohne daß die bisherigen Strafgesetze dagegen angewendet werden. In den Versammlungen dieser Reichsradikalen können selbst Aufforderungen zum Totschlag der Juden, der Reichsminister, der Novemberlinge erfolgen, ohne daß die bayerische Regierung und Justiz den Willen oder die Kraft haben, dagegen mit den bestehenden Gesetzen einzuschreiten, die aber in allen andern Fällen gegen die Arbeiterschaft mit aller Schärfe zur Anwendung kommen.

Daraus entsteht in einem großen Teile Deutschlands für die Arbeiterschaft eine unerträgliche Rechtsungleichheit. Sie würde durch den geplanten Gesetzesentwurf noch weiter verschärft werden. Da die Darlegungen unserer Redner in der Aussprache nicht entkräftet werden konnten, stellen wir also neue den Antrag, den Gesetzesentwurf an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Als Dittmann die Stelle verlas, daß sich der Paragraph, der angeblich die Versammlungsfreiheit schützen solle, zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ausweiten werde, brachen die Rechtsparlamenten in minutenlanges Getöse aus. Dittmann beendete in Ruhe seine Rede. Aufgeregt sprang dann der Deutschnationale Schults an das Rednerpult, um gegen diese unerhörte Kränkuna und „Beleidigung“ der deutschen Arbeiter zu protestieren. Der rheinische Zentrumsabgeordnete und Vizepräsident des Reichstages, Dr. Bell, glaubte, mit sich überhörsender Stimme denselben

Protest erheben zu müssen. Auch der Deutsche Volkspartei-Redner Heuser nahm die deutschen Arbeiter gegen die unerhörte Beschimpfung durch die Sozialdemokratie in Schutz. Etwas einzulernen versuchte dann der demokratische Abg. Koch, der das schwere innerpolitische Zerwürfnis behauptete und gewisse Möglichkeiten zu neuen Verhandlungen durchblicken ließ. Genosse Hermann Müller zerriff in einigen knappen Sätzen die Einwände der bürgerlichen Fraktionsredner. Keine Partei habe den Kampf gegen den Terror seit Jahr und Tag so energisch geführt wie die Sozialdemokratie. Sie sei durchaus für volle Versammlungsfreiheit nach allen Seiten. Aber sie gebe ihre Mithilfe nicht dazu, daß ein Paragraph angenommen werde, der zwar nicht als Ausnahmegesetz geplant sei, aber als Ausnahmegesetz wirken müsse. Wenn die bürgerlichen Parteien durchaus diesen Paragraphen zum Gesetz machen wollten, brauchten sie ja nur ihre Abgeordneten heranzuziehen.

In einer weiteren Serie von Protestreden der bürgerlichen Parteien taaten sich namentlich noch der Zentrumsabgeordnete Andre und der Deutschnationale Abgeordnete Behrens, beides Kellame-Arbeiter, hervor. Reichsminister Debes machte noch einen Einlenkungsversuch, indem er darauf hinwies, daß wirklich freie Wahlen nicht möglich seien, wenn sich der Versammlungsterror bis zum nächsten Wahlkampf nicht lege. Mehrere Rednerungen; darunter auch die bayrische, hätten erklärt, daß sie mit den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen nicht auskommen können. Er werde von allen Nachmitteln entsprechenden Gebrauch machen, um überall im Reiche den Versammlungsterror mehr durchzuführen als bisher. Wenn der Reichstag verlange, müßten andre Mittel angewendet werden. — Die logische Folge dieser Ministerrede hätte sein müssen, daß die bürgerlichen Fraktionen unserem wiederholten Antrage entsprochen hätten, die Frage an den Reichsausschuss zurückzuverweisen. Dadurch, daß sie diesem lokalen Vorschlag unserer Fraktion nicht entsprochen haben, trieben die bürgerlichen den Konflikt auf die Spitze.

Es folgten nun lange geschäftsordnungsmäßige Auseinandersetzungen, und wiederholt wurde das Haus beschlußunfähig; weil die Sozialdemokratie von ihrem guten Recht Gebrauch machte, vor der Abstimmung den Saal zu verlassen. Die bürgerlichen Parteien, die erst vor zwei Wochen bei der ungemein wichtigen Frage der Aufhebung der Getreideumlage genau dieselbe Taktik uns gegenüber übten, gerieten nun in wachsende Aufregung und machten der Sozialdemokratie die heftigsten Vorwürfe. Insbesondere tat sich der unverschämte Heßlerich als Einbläser und Einseitiger hervor. Schließlich ergab sich um 4 1/2 Uhr bei einer namentlichen Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses, weil die bürgerlichen Fraktionen, die über 274 Abgeordnete verfügen, nur 130 zur Abstimmung im Hause hatten.

Präsident Voelke berief eine neue Sitzung auf 5 Uhr ein.

In der zweiten Sitzung wurde der 12. Nachtrag zum Haushaltsplan, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, zur Bekämpfung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 4 1/2 Millionen Mark im Wege der Anleihe fällig zu machen, ebenso der Antrag über die Erweiterung der Reichsfinanzverwaltung angenommen und darauf das Haus bis zum 2. Mai vertagt.

### Die zertrümmerte Einheitsfront.

Berlin, 25. April.

Der Kampf, der heute im Reichstag um das sogenannte Versammlungsschutzgesetz geführt wurde, hat vorläufig damit geendet, daß dessen Verabschiedung vereitelt wurde. Die bürgerlichen Parteien haben wiederum nicht genügend Mitglieder herbeigebracht, damit sie imstande gewesen wären, ein beschlußfähiges Haus zu machen, so daß, als unsere Fraktion und die Kommunisten den Saal verließen, es deutlich wurde, daß den Bürgerlichen ihr Plan, das Gesetz schleunigst durchzubrühen, heute nicht gelingen würde. Sie hatten obendrein beschlossen, nicht zu reden, sondern einfach Sozialdemokraten und Kommunisten niederzustimmen. Was ihnen, weil etwa 70 ihrer Mitglieder fehlten, nun vorbeigelungen ist. Unsere Fraktion hat den bürgerlichen Parteien, besonders den Demokraten und dem Zentrum, noch einmal Gelegenheit, die verhängnisvolle Bahn zu verlassen, indem sie beantragte, die Vorlage samt den Anträgen an den Ausschuss zur nochmaligen Verhandlung zurückzuverweisen. In einer Erklärung, die Genosse Dittmann im Auftrage der Fraktion verlas, wurde diesem Teile der bürgerlichen Parteien noch einmal vor Augen geführt, welche Folgen es haben müßte, wenn die Vorlage zum Gesetz erhoben wird. Bei dem gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung in Deutschland, wo die Justiz zum allergrößten Teile in den Händen fanatisierter Volkspartei- und Deutschnationaler ist, würde ein solches Gesetz zum aller schlimmsten Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft werden, selbst wenn es anders gemeint und wirklich nur zum Schutze von Versammlungen gedacht wäre. Die Erfahrung, die mit der Justiz tagtäglich gemacht wird, läßt sich durch keine noch so schöne Redensart der Volkspartei aus dem Reichstage einfach beseitigen oder widerlegen. Dazu kommt, daß in Bayern die nationalsozialistischen Verbände tatsächlich die Staatsmacht in der Hand haben und ihre besonders zur Versammlungssprengung eingerichteten Sturmtruppen einen Versammlungsterror ausüben, daß von Versammlungsfreiheit für die Angehörigen anderer als der bürgerlichen Parteien keine Rede mehr ist. Diese Sturmtruppen beschränken ihre terroristischen Verbrechen nicht nur auf Bayern, sondern ziehen auch bewaffnet in andre Länder, wie man das bei den Vorgängen in Würtemberg gesehen hat. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages sollen nun nicht damit kommen, daß mit diesem Gesetz gerade der Versammlungsterror beseitigt werden soll, denn schon bei den jetzigen Gesetzen wäre es möglich, dieses Treiben zu unterbinden, wenn eben die Staatsorgane den Willen und Mut gegenüber den nationalsozialistischen Verbänden hätten. Der tatsächliche Zustand der Rechtsprechung ist in Bayern so, daß er sich ausschließlich gegen die Arbeiterschaft richtet. Und wie es in andern Bundesstaaten aussieht, dafür liegen auch genügend Anhalte vor. Nun würde durch ein Gesetz wie das vorliegende dieser Zustand noch verschlimmert. Und da wundern man sich, daß die Sozialdemokratie sich einem solchen Beginnen energisch entgegensetzt. Die bürgerlichen Parteien und ihre Reichsregierung mitamt der bayrischen sind außerstande, Ordnung zu schaffen. Und was die Minister in den letzten Tagen, besonders auch der Reichsjustizminister, gesagt haben, läßt darauf schließen, daß sie das Gesetz nur als Schutz für die bürgerlichen Parteien ansehen. Die Reichsregierung soll erst zeigen, daß sie imstande ist, das Versammlungsrecht mit den bestehenden Gesetzen zu schützen, indem sie sie energisch auch nach rechts hin anwenden; erst dann, wenn sie die Probe ein Jahr lang gemacht hat und sich herausstellen sollte, daß die bestehenden Gesetze unzulänglich sind, ließe sich über ihre Erweiterung reden. Aber auch dann müßten Garantien geschaffen werden, daß sie nicht einseitig gegen die Arbeiterschaft angewendet werden können. Nun ist aber das Gesetz nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen, sondern weil es auch in seiner Form ein juristisches Monstrum ist. Einzelnen bürgerlichen Rechtslehrern war nicht wohl zumute, als ihnen von unserer Seite ins Bewußtsein geredet wurde, wie sie einem solchen Monstrum ihre Zustimmung geben könnten. So soll nach dem durch den Ausschuss verabschiedeten Gesetze die Bestrafung schon eintreten, wenn jemand im Zusammenhang mit solchen Versammlungen, bei Umzügen und Kundgebungen Gewalttätigkeiten begeht. Was heißt „im Zusammenhang mit solchen Kundgebungen“? Wie leicht läßt sich ein Zusammenhang streitender Personen mit solchen Kundgebungen herbeizuführen. Und dann ist es möglich, andre als am Streik beteiligte Personen noch mit zu bestrafen. Wie solche Zusammenhänge von der Rechtsprechung konstruiert werden, dafür liegen aus der Praxis genügend Beispiele vor. Dazu kommt der provokatorische Charakter der nationalsozialistischen Verbände, durch den sehr schnell „der Zusammenhang“ hergestellt wird. Auch dieser

### Ehardt unter völkischem Schutz!

München, 25. April. (Vorwärts.) Die Nationalsozialisten bereiten sich zu offenem Widerstande vor. Dietrich Ehardt, der die Ausführung des Haftbefehls durch bayrische Polizei erwartet, wird von einem großen Aufgebot völkischer Sturmtruppenangehöriger bewacht, die zu allem bereit sind. Augenscheinlich wollen die Völkischen es jetzt zu einer Explosion kommen lassen, um dann die ganze Entwicklung in ihrem Sinne weiterzutreiben. Der zweite mit dem Haftbefehl bedrohte völkische Redakteur vom Miesbacher Anzeiger, Weger, hat es vorgezogen, sich einzuwickeln unsichtbar zu machen, so daß er bis heute nicht aufgefunden werden konnte.

Ob die bayrische Regierung wirklich noch die Macht hat, zwei widerwärtige Personen in Haft zu nehmen und sie dem zuständigen Richter vorzuführen, das wird sich in den nächsten Stunden oder Tagen entscheiden müssen.

München, 25. April. (N.) Gegenüber anderslautenden Meldungen, daß an dem verhafteten Verleumdung des Redakteur Weger aus Miesbach zu verhaften, auch Kriminalpolizisten beteiligt gewesen seien, teilt die Bayerische Staatszeitung heute mit, daß die betreffenden Männer lediglich bayrische Polizisten waren.

Zur Verhaftung des verfolgten Staatsverbrechers hat sich die bayrische Regierung zwar bereit erklärt, aber gelingen wird sie ihr gewiß nicht!

Im bayrischen Landtage hielt gestern der Ministerpräsident des Innern Dr. Schwayer eine Rede, in der er bemerkte, Bayern ließe gegenüber dem Gesetze zum Schutze der Republik auf dem Standpunkte, daß dieses Gesetz je eher je besser verschwinden müsse und eine Ergänzung der allgemeinen Strafgesetze ersetzt werden sollte. Wie eine solche Ergänzung aussehen würde, haben die letzten Verhandlungen im Reichstage zu dem sogenannten Versammlungsschutzgesetz gezeigt! Ueber die Nationalsozialistische Arbeiterpartei führte der Minister aus, daß viele Punkte im Programm dieser Partei unklar und anfechtbar (1) seien, manche davon für die bayrischen Belange geradezu bedenklich (1). Durch ihr gewalttätiges Auftreten in Versammlungen und auf der Straße und durch den Terror ihrer Mitglieder habe die Nationalsozialistische Arbeiterpartei das größte

öffentliche Vergessen erregt. Auf der anderen Seite sei festzustellen, daß die Nationalsozialisten sich seit langem auf die eigenen Versammlungen beschränken, die aber geradezu planmäßig von linksradikaler Seite gefördert und gefördert werden. Das ist eine glatte Verteilung der Nationalsozialisten. Gütig ist!

Die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten, die die sofortige Auflösung der bewaffneten Stütztruppe verlangten, wurden abgelehnt.

### Ein aufgedecktes Komplott gegen Mussolini?

Malland, 25. April. (N.) Die Polizei hat angeblich eine große Verschwörung, die gegen Mussolini und alle gegenwärtigen Hauptführer des Faschismus gerichtet war, entdeckt. Professor Pessa soll das Haupt der Verschwörung sein. Er wurde verhaftet; ebenso seine bedeutendsten Helfer. Man behauptet, daß die Zahl der angesehenen Persönlichkeiten, die dem Komplott nicht fernstehen, sehr groß ist und die von der Polizei beschlagnahmten Papiere nicht weniger als 500 Namen enthalten.

### Was sind die Absichten Lord Curzons?

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die englischen Blätter legen, daß es sehr unglücklich von Deutschland sein würde, mehr aus Lord Curzons Rede herauszulesen, als was wirklich drinsteht. Die vorgelegten Morgenblätter haben die zweifelslos inspirierte Verwahrung dagegen gebracht, daß die Rede Lord Curzons etwa eine Intervention bedeute. Das ist gestern nochmals von der Daily News, die Lord Curzon nahesteht, wiederholt worden. Es wurde auf den Argwohn Frankreichs hingewiesen, daß England als Vermittler gebraucht werde. Die Hauptsache sei, so führt das Blatt aus, daß England, Frankreich, Deutschland und Belgien an den Verhandlungen teilgenommen werden. Der Pariser Vertreter der Times telegraphierte ebenfalls, daß Frankreich fürchtet, daß ein deutsches Angebot England zum Schiedsrichter machen könne, und daß Frankreich dadurch in eine schlechte taktische Lage gebracht werden könne. Die Lage würde geradezu beunruhigend, wenn einmal die Vorbesprechungen begännen.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 29250 M.



angeheuerlichen Kautschukbestimmung enthält die vorerwähnte Vorlage noch die Bestimmung, daß auch schon der Versuch strafbar ist. Jede Bemerkung gegenüber nationalsozialistischen Umzügen würde also schon als Versuch zur Störung und absichtlichen Hinderung aufgefaßt werden und die Urteile durch nationalsozialistische Richter kann man sich schon im voraus denken. Geht doch in Bayern die „Rechtssprechung“ soweit, daß sie als Landesverrat ahndet, wenn jemand auf die gegen die Geleitz zum Schutze der Republik hinzuleitenden Bestrebungen aufmerksam macht und ihre Taten verrät. Beide Bestimmungen sind erst in der Ausschussberatung von den bürgerlichen Parteien in die Vorlage hineingebracht worden, womit deutlich gezeigt ist, worauf sie es abgesehen haben. Unsere Fraktion hat Anträge gestellt, um wenigstens diese allerhöchsten Forderungen wieder aus der Vorlage hinauszubringen. Die bürgerlichen Fraktionen gingen nicht darauf ein, sie lehnten unsere Anträge auch in der heutigen Sitzung ab.

Die Streiksituation, die sich heute im Reichstage abspielte, sind offenbar nur das Vorzeichen der großen und ernsthaften Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum in Deutschland, denn daß das Bürgertum diese Kämpfe geradezu provoziert, hat es heute gezeigt. Bei der Besetzung der Erklärung lobte die rechte Seite des Hauses in einer Weise, wie man dies nur ganz selten erlebt hat. Die Herren hatten sich den Verlauf der Verhandlungen anders gedacht. Sie hatten beschlossen, nicht zu reden, sondern einfach zu stimmen. Dieser Plan wäre ihnen sicher auch gelungen, wenn sie für die genügende Besetzung des Hauses durch ihre Mitglieder gesorgt hätten; es genügt, wenn sie von den 270 bürgerlichen Reichstagsmitgliedern 200 zur Stelle gebracht hätten. Die Sozialdemokratie hatte keine Ursache, den Herren aus der Verlegenheit zu helfen, indem sie an den Abstimmungen teilnahm. Sie brauchte nicht einmal Obstruktion zu treiben, sie brauchte nur die in der Geschäftsordnung vorgesehene Bestimmung anzuwenden, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln, dann waren die bürgerlichen Herren mit samt ihrem sauberen Plänschen aufs Trockene gesetzt.

Ein Trauerspiel sondergleichen war es auch, daß die sogenannten Arbeitervertreter aus den bürgerlichen Parteien es unternahmen, dieses gegen die Arbeiterschaft gerichtete Gesetz zu verteidigen. Sie taten es mit so plumpem Ungehörigkeit, daß ihre Protokolle in verlegenen Gesichtern lasen. Um das Maß der Unmenschlichkeit voll zu machen, hat es gerade noch gefehlt, daß diese armseligen Vertreter an den Arbeiterinteressen ihren Protokollen Liebesdienste zu erweisen für notwendig fanden.

Neben der juristischen ist es aber vor allem die politische Seite, die der Vorlage und den an sie geknüpften Vorgängen ihre Bedeutung gibt. Darauf weist die Fraktionserklärung gleich am Eingang hin. In dem Augenblick, wo das Bürgertum von der Einheitsfront scheidet, durch die der Kampf im Ruhrgebiet allein geführt werden kann, bringen die bürgerlichen Fraktionen einen Gesetzentwurf ein, der zu den härtesten Kämpfen im Reichstag wie auch im gesamten politischen Leben führen muß. Nur als Ausfluß des Nachstandpunktes ist dieses Vorgehen aufzufassen und die Vertretung der Arbeiterschaft hat denn auch sofort begriffen, um was es sich handelt und die Abwehr eingeleitet. Die Arbeiterschaft kann aus diesem Vorgange sehen, daß, wenn das Bürgertum von Einheitsfront reißt, es nur meint, daß sie sich ihm willenlos ergeben und nicht etwa gegen reaktionäre Streiche wehren soll. Gerade aus dem letzten Vorgehen der bürgerlichen Parteien entsteht die Arbeiterschaft, wessen sie sich zu gewärtigen hätte, wenn das Bürgertum sie wieder die volle Macht in die Hand bekäme. Es zeigt aber auch noch ein anderes. Es zeigt die unendliche politische Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, namentlich soweit es in der demokratischen und Zentrumspartei politisch organisiert ist. Wie konnten diese Kreise annehmen, die Sozialdemokratie als Vertreterin der werktätigen Bevölkerung werde einen solchen Schlag gegen die Arbeiterschaft ohne jede Gegenwehr durchgehen lassen? Und wie konnten die bürgerlichen Parteien im Augenblick, wo der Ruhrkampf im ernstesten Stadium ist, diesen Schlag führen? Der Hinweis auf diesen politischen Punkt hat denn die bürgerlichen Vertreter auch zu einer wahren Raserei gebracht. Sie schienen eingesehen zu haben, daß es die größte politische Dummheit war, aber aus Prestigegegründen wollten sie dies nicht zugestehen, ja sie wollten sich nicht einmal dazu herbeilassen, die Vorlage nochmals an den Ausschuss zurückzuverweisen. Ihr Sprecher, der völksparteiliche Rechtslehrer R r a h l, erklärte: Was hat die Zurückverweisung für einen Zweck, da die Sozialdemokratie das Gesetz doch ablehnt? Das war natürlich nur Ausflucht; er wußte sehr wohl, daß es sich bei der Zurückverweisung um die Befestigung der von uns angefochtenen Bestimmungen handelt.

Man nimmt wohl nicht mit Unrecht an, daß eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter deshalb gefehlt hat, weil sie diese Katastrophenspolitik im jetzigen Augenblick nicht mitmachen will, weil sie erkennt, daß, wenn jetzt der Gegenstand zwischen dem Bürgertum und der werktätigen Bevölkerung so erweitert wird, dies nicht nur inner-, sondern auch außenpolitisch schwere Folgen haben muß, und weil sie erkennt, daß die Verschärfung des Kampfes dem Gedanken der großen Koalition sehr gefährlich ist.

Wenn bei den heftigen Auseinandersetzungen bürgerliche Redner mit der Abrechnung bei der nächsten Reichstagswahl drohten, so zeigten sie nur, welche politische Einfaltspinnerei sie sind. Der Kampf, den die Sozialdemokratie in den letzten Tagen geführt hat, wird ihr bei der Reichstagswahl nicht nur nicht nachteilig werden, sondern außerordentlich nützlich. Genosse Müller hat auf die alberne Drohung sofort mit dem Hinweis geantwortet, daß wir den Auseinandersetzungen im Wahlkampf über dieses Gesetz ruhig entgegensehen.

Bis zum 3. Mai haben die bürgerlichen Parteien Gelegenheit, sich zu überlegen, ob sie ihre gegen die Arbeiterschaft gerichtete Gewaltspolitik fortsetzen wollen oder nicht. Vielleicht wird auch der außenpolitische Kampf sie zwingen, sich zu fragen, ob es nicht besser ist, diesen Gesetzentwurf vorläufig in die Schublade zu legen. Was sie freilich bis jetzt schon erreicht haben, ist, daß sie mit ihrer Gewaltpolitik die Einheitsfront zerschmettern haben.

**Eine französische Stimme gegen die Ruhrpolitik**  
Paris, 25. April. (WZB.) Der Generalrat des Departements Haute-Vienne hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Entschlüsselung angenommen. Die Entschlüsselung geht davon aus, daß das sichere wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs nur durch eine auf den endgültigen Frieden und die vollkommene Umwälzung gerichtete Politik zu erzielen ist. Sie bedauert, daß die Regierung

sich zu Handlungen habe hinziehen lassen, die die internationale Lage diplomatisch finanziell und wirtschaftlich kompliziert machen und die Erfüllung der berechtigten Reparationsansprüche Frankreichs hinausjögern. Der Generalrat richtet die Aufforderung an die Regierung, vernünftigen Vorschlägen Gehör zu geben, um, wenn direkte oder durch Vermittlung der Alliierten Frankreichs veranlaßte Vorschläge eingebracht, sie zu prüfen.

### Die Beratungen über das Angebot. Reichsregierung und Industrielle erwägen weiter.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Besprechungen des Reichsanwalters mit den Parteiführern in der Frage des deutschen Angebots sind vorüber. Sie werden wahrscheinlich erst im Laufe der nächsten Tage erfolgen. Ein deutscher Schritt kann also keinesfalls vor Anfang nächster Woche unternommen werden. Gestern wurde mit den Vertretern der Industrie über die Garantieforderung verhandelt. Wie wir hören, hat dabei eine Anregung vorgelegen, die deutschen Eisenbahnen als Garantie zu verpfänden, doch ist dieser Antrag einstweilen abgelehnt worden. Man kam in den Verhandlungen mit der Industrie zu keinerlei festem Beschluß.

Der Vorwärts meint, daß auf jeden Fall in Verhandlungen mit der Entente eingetreten werden soll, ob nun in dem deutschen Vorschlag eine bestimmte Summe genannt werden soll oder nicht. Dem Einwand, der Nennung einer bestimmten Ziffer stehe entgegen, daß in Frankreich jeder Vorschlag sofort als zu gering abgelehnt werden würde, müßte entgegengestellt werden, daß man genau so gut sagen könne, daß ein Vorschlag ohne bestimmte Summe noch viel weniger für den Verhandlungswilligen Deutschlands spreche. Auf jeden Fall sei schon jetzt gesagt, das Aussehen eines Vorschlags, möge er nun von dieser oder jener Seite kommen, kann niemals ein Grund sein, den Eintritt in Verhandlungen abzu lehnen. Je größer die Differenzen sind, desto notwendiger ist dann der Versuch, sie auf dem Wege der Verhandlung wegzuräumen. Auf alle Fälle würde eine Regierung, die überhaupt keine Verhandlungsbereitschaft zeigt, härter zu verurteilen sein als eine andere, deren Vorschläge mit mehr oder weniger Recht als ungeeignet oder unvollständig bezeichnet werden könnten. Die deutsche Regierung könne jetzt vor dem eigenen Volke und der ganzen Welt die Verantwortung für alles weitere Herrn Poincaré zuschieben. Möge sie es tun.

Die Erwägungen der Reichsregierung werden so lange gehen, bis auch diese günstige Gelegenheit zu Verhandlungen zu gelangen, verschunden ist. Es ist eine schon längst feststehende Tatsache, daß bereits Ende Dezember die unendlichen Verhandlungen mit den Industriellen über die Garantieforderung die rechtzeitige Ausarbeitung eines für Paris bestimmten Vorschlags verhinderte. Inzwischen sind Monate ins Land gegangen. Jetzt beginnen dieselben Garantieverhandlungen von neuem, und ohne Prospect sein zu wollen, kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die Großindustriellen die Garantieforderung abermals und so lange sabotieren werden, bis sie die Basis für eine private Verständigung mit der französischen Großindustrie gefunden haben. Sie fragen den Teufel nach den Bedürfnissen des Reichs und des deutschen Volkes. Ihre nackten Profitinteressen allein sind für sie entscheidend in der Beurteilung aller Fragen.

Inzwischen bröckelt der passive Widerstand weiter ab. Der beste Beweis dafür ist die Berordnung des Reichspräsidenten, die wir am gestrigen Tage brachten. Wenn nicht erhebliche Gefahren beständen, wäre sie gegenstandslos. Franzosen und Belgier gehen dazu über, die Kohle- und Kohlenhalden abzubauen, und nach Lage der Dinge ist zu erwarten, daß damit eine erhebliche Erleichterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Belgien und Frankreich eintreten muß. Die Haltung Stresemanns als Führer der deutschen Fertigungsindustrie läßt weiterhin erkennen, daß es der deutschen weiterarbeitenden Industrie gehörig unter den Nägeln brennt. Wenn auch erhebliche Ueberflüsse von Kohlen vorhanden sind, so mangelt es doch noch an Halbfabrikaten, deren Produktionsgebiet gerade in den besetzten Provinzen zu finden ist.

Aufgabe der sozialdemokratischen Partei muß es sein, unter Ausbietung aller Mittel auf die Abschaffung der Vorkriegsfinanzarbeiten, um so mehr, da die bestehende Klasse Deutschlands der Kapitalfront einen Dolchstoß nach dem andern versetzt.

### Die Deutsch-völkische „Freiheitspartei“ vor dem Staatsgerichtshof.

Beipzig, 26. April.  
Die Verbote der Deutsch-völkischen Freiheitspartei in Preußen, Sachsen und Thüringen stehen heute auf Grund der Beschwerde der Leitung der Partei vor dem Staatsgerichtshof. Zur Vertretung sind die drei Reichstagsabgeordneten der Partei, Penning, Wulle und v. Gräfe, außerdem als Vertreter der Parteileitung noch der bekannte „völkische“ Schriftsteller Graf Reventlow erschienen, unter Mitwirkung von zwei Rechtsanwältinnen und mehreren Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Bezirks- oder Ortsgruppen.

Der Berichterstatter Reichsgerichtsrat Doehrn gibt eine kurze Darstellung der bekannten Entstehungsgeschichte der Partei, die eine Abspaltung des rechten Flügels der Deutschnationalen ist, die die drei Reichstagsabgeordneten wegen ihrer compromittierten Verbindung mit den nationalsozialistischen Geheimorganisationen ausschlossen. (Die Deutschnationalen haben natürlich auch solche Verbindungen, aber sie müßten sie vor der Öffentlichkeit verbergen.) Die Sagenungen betonen natürlich, daß die Partei im Rahmen der Reichsverfassung wirke. Mitglieder können nicht nur deutschgeheime und -geborene Männer und Frauen, sondern auch Verbände werden, die das Programm der Partei anerkennen. Dieses Programm enthält die bekannten völkischen und nationalsozialistischen Forderungen und Ideen, als da sind: Bekämpfung des „unruchbaren Parlamentarismus“, der Judenherkunft und des Börsenliberalismus, des Marxismus und Bolschewismus, des Klassenkampfes und des Rassenkampfes, der „wildeisenen Erillungs-politik“, der „Schuldfrage“; gefordert wird u. a. allgemeine Wehrpflicht, Schutz des Christentums, Ausweisung aller seit August 1914 zugezogenen Fremdstämmigen, Stellung der Juden unter Fremdenrecht und Verbot des Erwerbs deutschen Grund und Bodens und der Pachtung landwirtschaftlicher Betriebe für Juden. Den Arbeitern wird die volle Gleichberechtigung aller Kopf- und Handarbeiter und die Forderung der Unterdrückung allen Terrors an der Arbeitsstätte und aller Lohnverelbstung als Acker hinzugefügt.

Das Verbot der preussischen Regierung erklärt, daß die Partei eine Fortsetzung der verbotenen Nationalsozialistischen Partei ist. Sie habe die Großdeutsche Arbeiterpartei, die einfach die Fortsetzung der verbotenen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sei; auch habe sie Gruppen des aufgelösten Verbandes nationalsozialistischer Soldaten“ aufgenommen. Die Verbindung als parlamentarische Reichspartei sei nur erfolgt, um einen Schutz gegen Auflösung zu haben, wie die Führer mehrfach selbst erklärt hätten. Die Partei habe sich durch ein Abkommen unter das Kommando des Nationalsozialistischen Hitler gestellt. Die Partei habe ein hochverräterisches Unternehmen zur Befestigung des Parlamentarismus, einen nationalsozialistischen Putsch vorbereitet und zu diesem Zweck Hunderttausenden und Turnerschaften gegründet, die dem Willen der Parteileitung, K a h b a c h (dem bekannten Bandenführer) unterstellt sind. Diese Organisationen haben auch innerpolitische Ziele und haben Verbindungen mit der Reichswehr gesucht, um sie zur Neutralität bei dem für Ende März in Aussicht genommenen Putsch zu bewegen. Bei verschiedenen Mitgliedern sind Waffen gefunden worden, K o p f b a c h und andere Mitglieder sind

in Haft, das Verfahren gegen sie ist im Stadium der Voruntersuchung.

Die Verbote in Sachsen und Thüringen enthalten zum Teil dieselben Gründe.

Die Beschwerdeführer haben in mehreren Schriftsätzen diese Beschuldigung bestritten und jede Absicht, durch Gewalt die Verfassung zu ändern, mit Entschiedenheit in Abrede gestellt.

In der Erwiderung der preussischen Regierung wird u. a. ein Schreiben eines Dr. Schramm vorgelesen, wonach verbotene Verbände als besondere örtliche Untergruppe aufgenommen werden könnten. Die Beschwerdeführer bestritten, daß Dr. Schramm zu diesem Schreiben autorisiert gewesen sei, die Parteileitung sei damit durchaus nicht einverstanden, die Partei habe ehemalige Mitglieder verbotener Verbände nur als Einzelmilitärlieber aufgenommen.

Ein Brief des in Schlesien verhafteten Führers Lettenborn schildert die Verhandlungen Grafes mit Hitler durch L. (Ludendorff) wegen des Verschmelzens mit den Nationalsozialisten. Sie habe Schwierigkeiten, da Hitler den Rücktritt der Parlamentarier fordere, nur Grafen wolle er als Sprecher im Reichstag lassen. Grafen hoffe aber doch auf guten Erfolg; er habe Hitler angeboten, sich ihm zu unterstellen. Ein zweites Schreiben meldet ein gutes Ergebnis der Verhandlungen. Grafen hat die Darstellung bestritten. Im Bureau der Partei sind Briefe an Ludendorff, Hitler und Raue gefunden worden, die politische Wochenberichte und andere Propagandadrucksachen der Partei enthalten. Die preussische Regierung behauptet auf Grund dieses Materials, daß die parlamentarische Parteiform nur ein Deckmantel für eine verfassungseidliche, ungesetzliche Gruppe sei.

In einer Notiz der Deutschen Tageszeitung wird mitgeteilt, daß die Nationalsozialistische Partei in Bayern sich mit der „Freiheitspartei“ über ein Zusammenwirken verständigt habe. Solange die Nationalsozialistische Partei in Preußen verboten sei, sollten deshalb ihre dortigen Mitglieder der Freiheitspartei beitreten. Grafen hat diese Notiz veranlaßt.

Der Deutsch-völkische Soldatenbund, eine Schöpfung der Freiheitspartei, ist nach der Behauptung der preussischen Regierung die Fortsetzung des verbotenen Verbandes nationalsozialistischer Soldaten. Beim Grafen Reventlow ist ein Brief des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten gefunden worden, in dem erklärt wird, daß der Verband „steu zu Wulle“ steht.

Die Beschwerdeführer bestritten die Identität des Deutsch-völkischen Soldatenbunds mit dem verbotenen Verbande nationalsozialistischer Soldaten. Daß die Vorsitzenden des aufgelösten Verbandes auch zu Vorsitzenden der Neugründung gewählt worden sind, soll nach den Beschwerdeführern nichts gegen sie beweisen.

### Die Lage im besetzten Gebiet. Kommunisten für aktiven Abwehrkampf.

Der von den Kommunisten nach Essen einberufene Beetzesträtkongress nahm nach einer Meldung der Roten Fahne eine Hauptresolution an, durch welche die Bergarbeiter aufgefordert werden, sich geschlossen ihre Deputatskassen zu holen, ohne darum die französischen Offiziere um Erlaubnis zu bitten. Die Resolution fordert ferner die Verteilung der Kohlenhalden an die werktätige Bevölkerung, keine Arbeit unter Bajonetten, keine Arbeit, wenn die Möglichkeit besteht, daß die Kohle in die Hände Poincarés fällt. Es wurde eine Delegation gewählt, die mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten soll.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem sie darauf hinweisen, daß der Versuch der Kommunisten, Unionisten und Sozialisten, bei Abzählungen von Kohle- und Kohlenhalden durch die Franzosen den Generalstreik zu verwirklichen, das Ziel verfolgen, den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven zu machen, wie auch die Vorgänge in R u h r e i m und Essen bewiesen. Der Abwehrkampf sei bisher nur deshalb so erfolgreich gewesen, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt worden sei. In dem Augenblick, wo der Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen einsetzt, sei der Abwehrkampf verloren. Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen nützen nur dem französischen Militarismus und Imperialismus. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, das Ansinnen der Kommunisten und Sozialisten zurückzuweisen und nach wie vor nur den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen zu folgen.

Außer den bereits gemeldeten Ostfälischen Daubern, Werschau und Nauheim sind die Dörfer K e e s b a c h, M e n s e l d e n, sowie der Bahnhof Nieberbrechen als zum besetzten Gebiet gehörig erklärt worden. Der auf der Bürgermeisterei in Mensfeld zurückgelassene Teil der Straße ist durch den Beschuß der Rheinlandkommission vom 18. März. Im Laufe des Dienstagvormittags wurden nach einer Meldung aus Oberhausen die Anschlußbahnen der Hilttengehener Güter-Hofmanns-Hütte, Rheinpfaffen und Walsum durch die Franzosen besetzt, desgleichen die Zeche M i t t e l a d e n. In dem am Sonntag neubesetzten Orten ist die Arbeit nach französischen Meldungen niedergelegt worden. Der Hauptbahnhof in Bochum, der am Dienstag den deutschen Behörden übergeben worden war, ist noch nicht vollständig geräumt worden. Nach einer neueren Meldung ist dort noch eine französische Wachabteilung untergebracht.

Die Milchversorgung des Einbruchgebietes erleidet nach Berichten aus Essen neuerdings erhebliche Schwierigkeiten, da die Befehlsgeschichte nur noch für holländische Milch den Eisenbahntransport zuläßt. Die Milch aus dem niederholländischen Erzeugungsbereich muß durch Kraftwagen herangeschafft werden; sie tritt nur mit sehr großer Verspätung und in ungenießbarem Zustande ein.

Essen, 26. April. (WZB.) Gestern nacht wurde auf einen Verlonzung auf der Straße Essen-Nord—Altenessen ein Unfallschick, bei dem drei Reisende verlegt und drei Wagen beschädigt wurden. Aus Anlaß des Vorfalls hat der französische General die Essener Stadtverwaltung aufgefordert, binnen drei Tagen die Täter auszuliefern, wibrigensfalls der stellvertretende Bürgermeister und der Polizeikommissar des betreffenden Reviers verhaftet werden.

### Eine wichtige Frage im englischen Unterhause.

London, 25. April. Unterhaus. Das Parlamentsmitglied Lambert (Arbeiterpartei) fragte den Premierminister, ob irgendein verantwortliches Angebot, annehmbare Kriegsreparationen zahlen zu wollen, von der deutschen Regierung gemacht worden sei, und wenn ja, welche Summe angeboten sei, und welches die Summe sei, die die britische Regierung als innerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liegend ansehe. Als Vertreter der Regierung erwiderte der Premierminister, er sehe keinen Zweck in der Erwägung, ob Angebote, die im März und April 1921 gemacht wurden, zu der Zeit, als sie gemacht wurden, angemessen waren. Sie seien zwei Jahre alt und Bedingungen unterworfen, so zum Beispiel bezüglich Oberschleffens, die jetzt nicht erfüllt werden könnten. Der deutsche Plan vom Dezember 1922 und die Antwort darauf, daß er als befriedigend angesehen werden könnte, sei veröffentlicht worden. Die Summe, die im Januar als innerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit liegend angesehen wurde, sei 2500 Mil. Pfund gewesen.

### Bolkskammerkonferenz und Schutzpolizei.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Völkischen Zeitung gemeldet wird, begann die Bolschewistenkonferenz gestern die Beratung über den Antrag Frankreichs auf Ablehnung einer Rote an Deutschland zur Abrückungsfrage. Die Sitzung war fast gänzlich durch einen längeren Bericht des persönlichen Anwesenden Generals K o l l e t ausgefüllt. Nach den Informationen des Korrespondenten handelt es sich dabei besonders um die Schutzpolizei. Ein Beschluß sei in der Sitzung nicht gefaßt worden.



## Ein Vertrauensbruch der Kommunisten.

Seit einiger Zeit finden zwischen KPD. und SPD. Sachsen Verhandlungen über die Organisation des proletarischen Selbstschutzes statt, um zu einer Verständigung zwischen beiden Parteien zu kommen und die vorhandenen Differenzen zu beseitigen. Die sozialdemokratische Presse hat, treu dem bisherigen Brauch, vor Abschluß solcher Verhandlungen der Öffentlichkeit nichts davon mitzuteilen, darüber nichts berichtet. Die kommunistische Presse glaubt dagegen von diesem Brauch abzuweichen zu dürfen und berichtet am Mittwoch ausführlich über das gegenwärtige Stadium der Verhandlungen, obwohl am heutigen Tage die Verhandlungen fortgesetzt werden. Durch diese Veröffentlichungen in der kommunistischen Presse ist das gegenseitige Vertrauen der beiden Verhandlungspartner stark erschüttert worden, was der zukünftigen Zusammenarbeit beider Parteien nicht gerade förderlich sein dürfte und der Klärung neuer Schwierigkeiten bereiten wird.

Da die kommunistische Presse über alle Einzelheiten der Verhandlungen berichtet und die Richtlinien beider Parteien mitteilt, die als Diskussionsgrundlage für die weiteren Verhandlungen dienen sollen, sind auch wir der Schweigepflicht enthoben. Die S. A. Ztg. berichtet, daß am Dienstag in Dresden eine gemeinsame Sitzung der KPD-Verhandlungskommission mit dem Landesarbeitsausschuß der SPD. stattfand. Die KPD-Vertreter hätten die Sitzung abgelehnt, was die S. A. Ztg. als einen sozialdemokratischen Sabotageversuch bewertet. Uns ist von beabsichtigten Verhandlungen am Dienstag nichts bekannt. Auch der kommunistische Kämpfer von Chemnitz weiß davon nichts zu berichten.

Wiederholt hat sich der Landesarbeitsausschuß unserer Partei mit der Frage des proletarischen Selbstschutzes beschäftigt, es haben deshalb auch Verhandlungen mit den Kommunisten stattgefunden, die noch nicht beendet sind. Am Montag, dem 23. April, nahm der Landesarbeitsausschuß der SPD. erneut zur proletarischen Selbstschutzesorganisation Stellung. Nach längerer Aussprache wurden folgende Richtlinien für die Bildung des Selbstschutzes angenommen:

1. Der organisatorische Aufbau des proletarischen Selbstschutzes erfolgt gemeinsam von KPD. und SPD. unter Anlehnung an die bestehenden Parteiorganisationen. In Bezirken oder Orten, in denen eine gemeinsame Organisation nicht geschaffen werden kann, ist ein Ausschuss zwischen KPD. und SPD. zu bilden, der ein gemeinsames Zusammengehen beider Organisationen in der Umwehrung konterrevolutionärer Bewegungen gewährleistet. Die Richtlinien hierfür sind von den beiden Landesleitungen gemeinsam festzulegen.
2. Die Spitze der Organisation des proletarischen Selbstschutzes bildet der Bezirk. Dem Bezirk unterstellt sind die Wahlkreise bzw. deren Bezirke, Gruppen oder Ortsgruppen.
3. Alle in den Betrieben beschäftigten Mitglieder der Bezirksorganisation des proletarischen Selbstschutzes werden außerdem betriebsweise zusammengefaßt.
4. Die Leitung des proletarischen Selbstschutzes besteht aus einem politischen und einem technischen Teil. Der technische Teil gibt als Beirat des politischen.
5. Ueber Einsatz und Verwendung des proletarischen Selbstschutzes entscheidet die politische Leitung.
6. Die Zusammenfassung der politischen Leitung erfolgt nach dem Stärkeverhältnis der Parteioorganisationen der KPD. und SPD.
7. Der technische Beirat der Bezirksorganisation wird von der politischen Leitung ernannt.

Dem proletarischen Selbstschutz können nur Mitglieder der KPD. und SPD. angehören, die mindestens zwei Jahre einer dieser Parteien angehören und nicht unter 23 Jahre alt sind.

9. Der Selbstschutz gliedert sich möglichst nach Hundertschaften.

10. Die Führung der Hundertschaft wird von den Mitgliedern derselben vorgeschlagen. Die Bestätigung erfolgt durch die Bezirksleitung.

Diese Richtlinien dürften beweisen, daß bei den Landesinstanzen unserer Partei der Wille der Verständigung mit der KPD. vorhanden ist. Die kommunistische Presse veröffentlicht die Richtlinien der KPD. aus denen folgendes hervorgeht, was die nach unserer Auffassung die entscheidenden Differenzpunkte mit der KPD. sind:

a) Die Abwehrorganisationen werden gemeinsam gebildet. Die Grundlage dieser Organisationen ist der Betrieb.

b) Aufnahme in den Hundertschaften finden alle gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeiter. Sie müssen eine einjährige Mitgliedschaft nachweisen. Auch die Arbeiter, die der Hand- und Roszarbeiter-Union, der UML., den Syndikalistischen oder Anarchistischen angehören, können sich den gemeinsamen Abwehrorganisationen anschließen. Ueber die Aufnahme von Nichtorganisierten entscheidet die Hundertschaft.

c) Die Altersgrenze wird auf 17 Jahre festgelegt.

d) Zur politischen Leitung des proletarischen Selbstschutzes sehen die Zentralbezirke und Ortsleitungen der KPD. und SPD. paritätische Kommissionen ein.

Zweck und Ziel der Organisation.

a) Bekämpfung des Faschismus in jeglicher Form. Genaue Beobachtung der faschistischen Bewegung.

b) Systematische Entwarnung der faschistischen Verbände und Verhinderung von Waffentransporten.

Die Organisationsbasis der Hundertschaften ist der Betrieb.

In jedem Großbetrieb sind Belegschaftsversammlungen einzubehalten mit dem Thema: Der Faschismus und die Arbeiterkraft. Jede Betriebsaktion stellt einen Referenten. Die kleineren Betriebe werden zu gemeinsamen Versammlungen zusammengefaßt, ebenso müssen in den kleinen Orten die Betriebe in gemeinsamen Versammlungen zu dieser Frage Stellung nehmen.

Wir wollen uns heute nicht polemisch gegen diese kommunistischen Richtlinien wenden, um die weiteren Verhandlungen nicht zu erschweren. Die S. A. Ztg. behauptet, daß diese Richtlinien sich auf den Vereinbarungen der Siebenerkommission aufbauen. Wir überlassen es der Siebenerkommission, sich dazu zu äußern.

Die S. A. Ztg. behauptet, die Politik des Landesarbeitsausschusses gehe unverhüllt auf eine Aufhebung sämtlicher Vereinbarungen zwischen der KPD. und der Siebenerkommission aus. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Landesarbeitsausschuß nicht daran denkt, wider die veröffentlichten Vereinbarungen zu handeln. Es ist deshalb eine unehrliche Handlungsweise der kommunistischen Presse, wenn dem Landesarbeitsausschuß immer wieder Sabotage der Vereinbarungen vorgeworfen wird.

Die S. A. Ztg. meint, wenn die Bildung des gemeinsamen Selbstschutzes verhindert wird, ist das Fundament der Regierung jetzt untergraben und geht dazu über, gegen einzelne Mitglieder des sozialistischen Kabinetts Sturm zu laufen. Sie schreibt:

„Festlich hat mit seiner Verordnung über die Kontrollauschüsse wichtige Punkte der Vereinbarungen nicht nur unberücksichtigt gelassen, sondern in diesem ins gerade Gegenteil umgekehrt. Die Verordnung ist auch ohne vorherige Verständigung der KPD. erlassen worden. Weiter: Das Finanzministerium hat Geld behalten können, ein ausgesprochener Vertrauensmann der Buk. Wipinsk. Seinen Etat werden wir uns noch sehr genau ansehen. Schließlich macht uns Reichner eine Kautschukpolitik vor, wie sie ein ausgesprochener Reaktionsär nicht besser besorgen könnte.“

Soll das der kommunistische Auftakt zu neuen Mißtrauensvoten gegen sozialistische Minister und das Herausbeschwören einer neuen Regierungskrise in Sachsen sein? Das kapitalistische Bürgertum wartet lehnend auf eine neue Krise der sozialistischen Regierung Sachsens und hofft, gestützt auf kommunistische Hilfe, daraus politischen Gewinn zu schlagen. Die Kommunisten mühten nun endlich erkannt haben, daß ihre weitergehende Forderung, Bildung einer Arbeiterregierung auf kommunistischer Grundlage, in Sachsen keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Mögen sie danach ihre politischen Handlungen einstellen.

## Die Dolchstiche.

Hugo Stinnes läßt in seinem Moniteur verkünden, daß die auch von uns übernommene Behauptungen, Stinnes und sein Konzern sei durch die Rede Havensteins besonders getroffen worden, den

Tatsachen nicht entsprechen. Er sei an der Devisenhäufung unbeteiligt gewesen. Nach der L. M. läßt er, um jeden Zweifel zu beseitigen, mitteilen, auch seine Frau habe keine Devisen gekauft. Demgegenüber wird festgestellt, daß die Berliner Handelsgesellschaft in der fraglichen Zeit als Devisenkäufer en masse aufgetreten ist. Die Berliner Handelsgesellschaft ist eine unter der Leitung des Fürsten Fürstberg stehende Großbank, die sich spezialisiert mit der Finanzierung großer Wirtschaftsunternehmen beschäftigt. Es ist ferner bekannt, daß Stinnes vor einigen Monaten alle Anträge machte, um sich in dieses Berliner Bankunternehmen einzubringen. Das ist ihm ebenförmig gelungen, wie er seinerzeit in der Hapag einjüngen vermochte. Immerhin steht fest, daß die Einflüsse Stinnes auf die Berliner Handelsgesellschaft vorhanden sind, und daß bei der letzten Generalversammlung zwei Aufsichtsratsmitglieder Vertrauensmännern Stinnes überlassen wurden. Zwei von 32, das ist freilich eine verschwindend kleine Minorität. Der Einfluß der zwei aber steigert sich in demselben Verhältnis, wie die finanzielle Anteilnahme ihres Auftraggebers wächst. Und die ist nicht gering. Daher liegt es sehr nahe anzunehmen, daß die „Konzernaufträge“ der Berliner Handelsgesellschaft im Auftrag Stinnes betätigt wurden.

Die Rede Havensteins erhält noch weitere Bedeutung durch die Feststellung, die heute von den S. A. Ztg. gemacht wird, nach der die Reichsbahnverwaltung im Verlaufe der letzten Woche an einem einzigen Tage Devisen in der Höhe von 500 000 englischen Pfund aufgestockt habe. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, dann wäre ein solches Vorgehen ein geradezu verheerendes Beginnen an der Devisenpolitik des Reiches. Es ist bekannt, daß schon früher die Reichsbahnverwaltung durch unkontrollierte Käufe einen verhängnisvollen Einfluß auf den Devisenmarkt nahm. Ist die Anarchie in der „diskontrollierten Regierung“ schon soweit fortgeschritten, daß jede einzelne Behörde Politik auf eigene Faust betreibt?

## Prozess Kuttner-Davidsohn.

SPD. Vor der Strafkammer des Landgerichts I Berlin wurde am Mittwoch die Berufung des Genossen Erich Kuttner gegen Davidsohn verhandelt. Davidsohn hatte Kuttner bekanntlich vorgeworfen, „den Parteigenossen Elchorn erschossen“ zu haben. In der ersten Instanz wurde Davidsohn freigesprochen. Der Prozeß führt zurück in die Januarwoche 1919, in denen Kuttner dem Regiment „Reichstag“ angehörte. Kuttner führte eine Patrouille und fand nach seinen Angaben in einem Hause am Schiffbauerdamm einen betrunkenen Mann, der entwaffnet wurde, sich aber plötzlich wieder im Besitz von Waffen befand und eine letzte Handgranate entzündete, um sie gegen die Patrouille zu werfen. In diesem Augenblick trafen ihn die Kugeln Kuttners, der diese Tat immer als Notwehr bezeichnete. In der Beweisaufnahme wurden eine ganze Reihe Zeugen, ehemalige Kameraden Kuttners und Bewohner des Hauses, in dem sich die Tat abspielte, vernommen. Fast alle Zeugen sagten aus, daß sich die Kuttnersche Patrouille in großer Gefahr befand, da der erschossene Elchorn bereits die entzündete Handgranate schwang und sie im nächsten Augenblick abgeworfen hätte, was sicherlich den Tod einer ganzen Reihe Personen herbeiführt hätte. Die Kameraden Kuttners betonten zum großen Teil, daß in diesem Augenblick nicht anders gehandelt werden konnte. Eine Zeugin lagte aus, daß Elchorn von ihr schon um 8 Uhr morgens in stark angetrunkenem Zustande den Haus Schlüssel verlangte, um auf den Dachboden zu gehen. Selbst die Verteidigung Davidsohns mußte zugeben, daß sich im Verhältnis zu der ersten Verhandlung eine veränderte Sachlage ergeben habe. Ein vom Vorstehenden angelegter Vergleich kam aber nicht zustande. Die Urteilsverkündung erfolgt am Donnerstag.

## Die Reichsregierung und die Beamten zum 1. Mai.

SPD. Nach einer von der Reichsregierung getroffenen Regelung haben am 1. Mai die Reichsbehörden und Betriebe in den Ländern, die den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag festgelegt haben, auf diese Tatsache Rücksicht zu nehmen, d. h. auch ihrerseits den 1. Mai als Feiertag zu betrachten. In den anderen Ländern können die Beamten, Angestellten und Arbeiter um Urlaub nachsuchen, der grundsätzlich überall soweit zu gewähren ist, als dadurch die Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Nach dem Wunsch der Reichsregierung soll bei der Entscheidung über solche Anträge nicht engherzig verfahren werden. Die bewilligte Freizeit ist den Beamten und Angestellten auf den Urlaub anzurechnen und den Arbeitern vom Lohn abzuziehen, sofern nicht die veräumte Zeit anderweitig nachgeholt wird. In Betrieben, in denen eine Dienstbesetzung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an nicht anerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Urlaub oder Lohnfortzahlung gewährt wird, gilt das gleiche auch für die Dienstbesetzung am 1. Mai.

## Bonar Law über die englisch-russischen Beziehungen.

Nach einem Bericht des Daily Herald hat der Führer der englischen Arbeiterpartei Henderson an Bonar Law ein Schreiben gerichtet, worin er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Regierung nicht die kurzfristige Politik der Leute annehmen werde, die umstehen wollten, was bereits zur Wiederherstellung des russisch-britischen Handels getan worden ist. Bonar Law wies in seiner Antwort auf die bereits vom Unterstaatssekretär des Äußeren W. Keill im Unterhaus auf eine Anfrage Lansburys gegebene Antwort hin, daß die Frage des Abbruchs der Handelsbeziehungen mit Rußland noch nicht vor das Kabinett gekommen sei. Das Verhalten der Sowjetregierung gegenüber Geistlichen, die Art und der Inhalt ihrer Mitteilungen an die britische Regierung, die Verschlagnahme britischer Fliegerfahrzeuge und die Verletzung der Präliminarbedingungen des Handelsabkommens seien jedoch ernste Angelegenheiten. Wenn die britische Regierung gezwungen werden sollte, eine Aktion zu unternehmen, so werde sie dem Urteil des Hauses unterbreitet werden.

New York Herald berichtet aus London, daß die Beziehungen Englands zu Sowjetrußland an einem kritischen Punkt angelangt seien. Eine ernste Note sei nach Moskau unterwegs. Sollte eine Antwort darauf in der Konart erfolgen wie bisher, so dürfte man wohl mit einem Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Ländern rechnen. Im Kabinett sei eine gewisse Anzahl von Ministern für den unmittelbaren Abbruch, besonders seit der Hinrichtung des Prälaten Budkewicz. In den letzten Tagen habe diese Bewegung große Fortschritte gemacht. Vielleicht wäre es schon zum Abbruch der Beziehungen mit Rußland gekommen, wenn man nicht geltend machen würde, daß Deutschland die neue Lage zur Verengung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland benutzen würde.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Gewerkschaftsdisziplin.

Wir lesen im Vorwärts:

Die Agitatoren der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften sind eifrig bemüht, die notwendige Disziplin in jeder Weise zu untergraben. Insbesondere bei Lohnbewegungen drängen sie zum Streik, bevor noch irgendein Weg zur Verständigung beschritten ist. Sie scheuen auch vor der Entfesselung wilder Streiks nicht zurück. Wie unter anderem das läbliche Beispiel des Antikarnerstreiks in Ludwigshafen a. Rh. zeigt. Dieses Treiben wurde erst als „russische Methode“ bezeichnet, während es sich in Wirklichkeit um die Methoden der bolschewistischen in der deutschen kommunistischen Partei handelt. Wie es in Rußland steht, daß man auch dort nicht ohne Disziplin in den Gewerkschaften auskommen kann, sondern mindestens ebenso großen Wert auf strenge Disziplin

legt wie die deutschen Gewerkschaften, das zeigen die folgenden Richtlinien des Vorstandes des Allrussischen Gewerkschaftsbundes:

„Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen... wir müssen die strengste Disziplin einführen... man muß auf Disziplin achten...“

„Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Verständigung oder durch Schiedsspruch möglichst schmerzlos und rasch zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen.“

Das ist so einfach, richtig und selbstverständlich, daß es auch die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland begreifen müssen: Allein die kommunistische Parteizentrale verlangt von ihnen, daß sie in den deutschen Gewerkschaften ihren direkt entgegengelegten Richtlinien folgen sollen, zum Schaden der Gewerkschaften und der Sache ihrer Mitglieder. Die deutschen Gewerkschaften müssen deshalb erst recht von ihren Mitgliedern fordern, Disziplin zu halten und jedem Disziplinbruch energisch entgegenzutreten.

### Die Zulagen für die Beamten.

Berlin, 28. April. (U.) Am Dienstag nachmittag sind im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die drückenden Sonderzulagen für Beamte zum Abschluß gebracht worden. Sie hatten sich über zwei Monate hingezogen und sehr schwierig gestaltet. Der Wirtschaftslage der verschiedenen Orte des Reiches entsprechend soll mit rückwirkender Kraft ab 1. März als drückliche Sonderzulage zu den gesetzlichen Grundgehältern und Ortszuschlägen Sätze von 26 bis 62 1/2 Prozent gewährt werden. Den höchsten Satz und die niedrigsten Sätze erhalten die Orte im besetzten Gebiet und den angrenzenden Landesteilen. Es beträgt z. B. die Sonderzulage für Köln 62 1/2 Prozent, für Frankfurt a. M. 52 1/2 Prozent, für Hamburg 20 Prozent, für Berlin 18 1/2 Prozent. Im besetzten Gebiet ist für die drückliche Sonderzulage eine völlig neue Einteilung der Orte erfolgt. Im nichtbesetzten Gebiet beschränkt sich die Einteilung nur auf einige Großstädte und deren Vororte.

### Beamtengehälter.

Es wird uns von einem unteren Beamten der Gruppe II geschrieben: Schon mehrere Tage gehen Berichte über eine neue Erhöhung der Grundgehälter für Beamte und Staatsarbeiter durch die Tagessetzungen. Wie dringend notwendig dies für einzelne Besoldungsgruppen ist, erfährt man aus nachfolgenden Zeilen. Der Schreiber ist jung verheiratet, 35 Jahre alt und bezieht einschließlich der Ehefrau ein Monatsgehalt von 150 000 M. Wie sollen junge Leute von diesem Zammergehalt einermöglichen als Mensch leben und sich bei diesen unerschwinglichen Holzpreisen womöglich noch Möbel kaufen können? Daß es Beamtenfamilien mit voller Ausstattung und 2 Kindern nicht schlechter geht, als jungen Leuten ohne Ausstattung und Kinder, ist wohl nicht von der Hand zu weisen. Wenn der Staat Geld hat, um über 30 000 M. pro Monat für erwachsene Beamtenkinder zu zahlen, die es vielleicht nicht notwendig haben zu arbeiten, so sollte er erst einmal seine jüngeren und unteren Beamten und Arbeiter so bezahlen, daß sie wenigstens einermöglichen menschl. leben können. Der Deutsche Beamtenbund kann sich wohl nicht wundern, wenn ihm von Seiten der jüngeren unteren Beamten keine wärmeren Gefühle entgegengebracht werden. Der Höchstgehalt und die Kinderbeihilfen sind ganz schöne soziale Einrichtungen, es darf aber dabei keinesfalls die Existenzberechtigung der jüngeren Beamten und Arbeiter in Frage gestellt werden.

Maschinen und Helzer! In einer am 14. April stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde zunächst der Kassenbericht des ersten Quartals 1923 gegeben. Aus der Bilanz war zu ersehen, daß die Kassenverhältnisse der Gesellschaft sehr gute sind. Ueber den Kassenbericht entspann sich eine ziemlich rege Debatte. Es wurde hauptsächlich betont, daß auch unter den Kollegen sehr viele ihre Volkshausbeiträge und Marken sehr unbedrieblig bezahlt haben. Weiter wurde bekanntgegeben, daß die Zusammenfassung des Kartells sehr nach den Wünschen des Leipziger Gewerkschaftskongresses durchgeführt ist. Die Kollegen wurden ermahnt, die Kurse der Volkshochschule zu besuchen. Der Kassierer gab weiter noch das Resultat der Mitgliederliste der Gewerkschaft bekannt. Den Kollegen wird empfohlen, die höheren Beiträge freiwillig bei den Bezahlern zu bezahlen.

Ein Antikriegsgesetz in Ungarn. Einer Meldung des Journal aus Budapest zufolge hat die ungarische Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach in Zukunft jeder Streik untersagt wird. Diesem Entwurf zufolge sollen alle industriellen und kaufmännischen Unternehmen unter strenge Polizeiaufsicht gestellt werden. Man macht sich indes auf heftigste Opposition der Sozialdemokratischen Partei gefaßt.

Transportarbeiterstreik in Amerika. Der Sekretär der Seetransportarbeiter-Union, die in den Vereinigten Staaten 128 000 Mitglieder zählt, hat den Ausstand erklärt. Es werden Lohnhöhungen und der achtstündige Arbeitstag gefordert.

## Von Nah und Fern.

### Sieben Arbeiter verunglückt.

Ueberlingen, 28. April. (S. M.) Ein schweres Unglück, bei dem drei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt wurden, ereignete sich auf dem Gelpach-Kraftwerk kurz vor Feierabend. Auf der Höhe des Gefäßes in der Nähe des Wabes waren Arbeiter mit dem Ausgraben eines sieben Meter tiefen Grabens beschäftigt. Sie waren bereits in eine Tiefe von 5 1/2 Meter gelangt, als sich von einer Seitenwand die Erdmassen lösten und sieben Arbeiter verunglückten. Durch die sofort ausgenommenen Rettungsarbeiten wurden vier Arbeiter lebend, wenn auch schwer verletzt, geborgen und nach dem Krankenhaus in Ueberlingen gebracht. Die anderen drei konnten nur als Leichen geborgen werden.

### Wirbesturm im Bergeshadener Bande.

München, 25. April. Die erst jetzt bekannt wird, wütete am vergangenen Sonnabend nachmittags im Bergeshadener Bande fünf Stunden lang ein heftiger Wirbesturm, der großen Schaden anrichtete. Tausende von Bäumen wurden geknickt und an den Häusern schwerer Schaden angerichtet. Auf dem Königssee gerieten mehrere Fahrzeuge in schwere Gefahr, konnten aber gerettet werden. Explosion in einem serbischen Arsenal.

Belgrad, 26. April. In Kragujevac ist das protechnische Gebäude des Arsenals durch eine Salpeterexplosion zerstört worden. Es wurde ziemlich großer Materialschaden verursacht. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Krenzel in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Hugo Seckand in Leipzig

Druck u. Verlag Leipzig Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Leipzig

Trinkt Cenovis  
Kaferkakao

Regen Reise-Mäntel im Spezial-Geschäft von Anacker  
Eingetroffen und besonders preiswert angeboten. Pa. Schlüßler von 110 000 Mk. an.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.



# Kennen Sie schon die Feinkost-Puddings

von Dr. Oetker? Wenn nicht, dann versuchen Sie bitte



Dr. Oetker's Gala-Puddingpulver (Kakao)  
 Dr. Oetker's Puddingpulver nach holländ. Art  
 Dr. Oetker's Cremepulver „Dibona“  
 Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln

Sie werden entzückt sein über die Feinheit dieser Speisen, die auch dem verwöhntesten Geschmack behagen.

**Nestler**

meistens  
**50%**  
 unter Tagespreis:  
**Wachstuche**  
 • Küchen-Linoleum •  
**Tischdecken**  
 viele Größen  
 und Farben.  
 sehr gern gekauft.  
 Mappen, Marktauchen  
 für Schule und Beruf  
 in Lebertuch  
**Kinder-Schürzen**  
 in Lebertuch  
**Beleuchtungen**  
**Windel-Höschen**  
 feinstes Gummi  
**Tapeten**  
 noch sehr billig.  
 Beste Empfehlungen überall.  
**Bernhard Nestler**  
 Eisenbahnstr. 99  
 (a. d. Elisabethstr.)  
 Einen Rollen  
**Blusen, Kleider,**  
**Möde, Mäntel**  
 sehr preiswert  
**Weigler**  
 Windmühlstr. 31.

Breeches-Hosen ab 25000  
 Leder-Gamaschen ab 38000  
 Stützen ab 4000  
 Wickelgamaschen ab 2000  
 Insen, Lapz ab 14000  
 Sommer-Jackette ab 17500  
 Kaki ab 33000  
 LÖster ab 21000  
 Zeitplan ab 21000  
 Knaben-Anzüge  
 - elegant 55000  
 - einfach 20000  
 Knaben-Hosen ab 10000  
 Knaben-Manchester-Anzüge 78000  
**Fritzsche**  
 Kurprinzstr. 22

**Damen-**  
 Mäntel  
 Kostüme  
 Kleider  
 Röcke  
 Blusen

**Herren-**  
 Anzüge  
 Schläpfer  
 Cutaways  
 Hosen  
 Gummi-Mäntel  
 sehr billig bei  
 Zahlungserleichterung  
 ohne Preisaufschlag  
**K. Hertlein**  
 Eisenbahnstr. 33 II.

Krystall-Palast **Alberthalle** Krystall-Palast

Ab Donnerstag, den 26. April:  
 Uraufführung für ganz Deutschland

## Der wilde Freiger

Der bekannte sensationelle Ullstein-Roman.  
 6 fabelhafte Akte | 6 Akte voller Spannung!  
 Phänomenale Fliegensensationen unter Leitung des Flugtechnikers Ingenieur Theo Rockenroller.  
 In den Hauptrollen nur erste Schauspieler. — Außerdem 2 Lustspielschlager:

**Unser Schnucki**  
 Amerikanische Grotteske  
 — In 2 Akten —

**Fatty**  
 in der Kneipe zu Bon-Ton.  
 Tolle Komödie in 2 Akten.

Versäumen Sie diesen hervorragenden Spielplan nicht!

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Auf die im Rathaus und an den öffentlichen Anschlagstellen aufgehängte Bekanntmachung, die am Dienstag, dem 8. Mai 1923, nachmittags 4 Uhr, in der Schule, Erdgeschoss, Zimmer 1, hier stattgefunden.

Öffentlichen Impfungen betreffend, wird hiermit ausdrücklich hingewiesen.  
 Liebertwolkwitz, am 21. April 1923.  
 Der Gemeindevorstand.

#### Achtung!

Bringe diese Woche extra gutes fettes Fleisch billigst zum Verkauf. Alle Wurstwaren in bester Güte.  
**Rohschlächtere Wilh. Mahler**  
 Lanna Straße 17.

#### Haben Sie einen Bräutigam?

dann kaufen Sie so schnell wie möglich Ihre **Wäscheaufstecker**, denn die Preise steigen von Tag zu Tag.  
 Ich verkaufe trotz der enormen Teuerung sehr preiswert:  
 Semdentuch, Barchent, bunt und weiß, Stannentücher, Vinon, bestes Bettzeug, bunt, Zulett, Dowlas und Kessel für Bettluder, Handtücher, Wischtücher, Taschentücher, Einfaßhemden, Damenhemden u. Seidentücher, Wäsche u. Wiener Schürzen usw.

#### Rosenthal

Konstantinstr. 6, part.  
 Auf Wunsch Zahlungserleichterung ohne Preisaufschlag.  
 Keine Ladenbefehle, keine Veronal-spielen, daher a u n k g s t e Einkaufs-gelegenheit.

Apotheker **Haberls Radium-Seife** mit Rad.-Creme bei **Flechten Skropheln** u. Hautlücken mit bestem Erfolge angewandt.  
 Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

**Dant.** Für die wohlthunenden Beweise liebevoller Teilnahme und treuer Freundschaft beim Heimzuge meines lieben Mannes  
**Bernhard Vierling**  
 sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Besonders Dank meinen werten Kollegen, den lieben Hausbewohnern und Statisten für Kranz und Spende sowie dem Geländeerwart der Straßenbahn für den erhebenden Gelang. Auch der Direktion sei gedankt für liebevolle Teilnahme. Desgleichen allen Verwandten und Bekannten für das ehrenvolle Geleit u. Asteinschöner, Kreuzstr. 16.  
 Selma Vierling geb. Schellenberg.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das unsre gute treuliebende Mutter, die  
**Gastwirtin Marie verw. Fiedler geb. Reuser**  
 Gastwirthschaft a. Frolsburg, Großsch. an den Folgen einer Operation sanft entschlafen ist.  
 u. Großsch. 25. April 1923 Mittelstraße 33.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Beerdigung Sonnabend, nachm. 4 Uhr, vom Trauerbause aus.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Einer geehrten Einwohnerschaft von Kleinzschocher u. Umg. zur zell. Kenntnissnahme, daß ich Kleinzschocher, Dieskaustr. 8, ein **Wäsche-Haus des Westens** errichtet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft stets gut und billig zu bedienen.  
**Eröffnung Freitag, den 27. April.**  
**M. verw. Sternreich verehel. Boritzer.**

**Extra-Angebot!**  
**Anzugstoffe** 145 cm breit 3 Meter **25000.-**  
 ..... 30 000.- und höher.  
 Solange Vorrat reicht:  
**Frottée** in hellen Farben, doppeltbreit Meter **9500.-**  
**Manchester, Kammgarn, Cheviot sowie Futterstoffe** in grosser Auswahl  
**Textilhaus Bergstr. 32** Volkm. Tol. 6142  
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

**Leop. Eder** Ecker Gasse 5.  
 Bei mir kaufen Sie gut und billig, ein Versuch führt Sie zum ständigen Kunden. Stets Neuheiten in Blusen- und Rockstoffen, Leinwand- und Baumwollwaren, Futterstoffen.  
 Beachten Sie meine 2. Schaufenster.

**Schuhe Sandalen Schaffstrolch Wäscheartikel Hemden Unterhosen Bettwäsche Blusen Berufs Kleidung Lindenau, Odormannstr. 4.**

**Gelegenheitskäufe Herrenstoffe Damen-Mäntel Röcke Blusen Kleider Zumper Herren-Einfaß- und Normal-Hemden weiße und bunte Bettbezüge Hand- u. Wischtücher**  
**Weigler** Windmühlstr. 31  
 Inserate sind nicht zu adressieren an die Redaktion, sondern an d. Exped.

**Metallarbeiter!**  
 Freitag, den 27. April, abends 7 Uhr im Volkshaus  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 Bericht der Ortsverwaltung vom 1. Quartal und über den Stand der Lohnbewegung.  
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches.  
 Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Hausfrauen! Schweinsköpfe**  
 frisch eingetroffen, mit Vollfettbäcken, prima im Geschmack, wie deutsche Ware. Seltene Gelegenheit! pro Kopf bis 10 Pfd. 2400 Mk., 2 Pfd. 2500 Mk.  
 Für Wiederverkäufer billiger  
 Direkter Bezug ab Schächtlung Ausland  
 Spezial-Geschäft für Schweinsköpfe  
**Markthalle, Galerie, Stand 105, A. Maushart**

**Billige Rauchtobake**  
**Schwarzer Krauser** 5000 Pfd. Wt.  
**Rippentabak** gewalzt . . . . . 3000 Pfd. Wt.  
**Wilh. Rode** Reitzenhainer Str. 3, am Ostplatz Filiale Südstraße 121, am Kreuz.

**Gold-Ankaufsstelle :: Silberwaren**  
 für Plagwitz, Lindenau, Schleußig, Zschocher kauft jeden (auch zerbrochenen) Gold- und Silbergegenstand  
**Ecke Ziegel- und Karl-Heino-Straße**  
 geg. Kaufh. Josko W. Ludwig geg. Kaufh. Josko  
 Kauft jedes alte Gebiß (auch einzelne Zähne)

41 Kreuzstrasse 41  
**Noch ist es nicht zu spät**  
 wenn Sie bald kommen und sich in **Herren-u. Damen-Stoffen** eindecken. Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:  
**Cheviot**, reine Wolle, 140 cm br., Meter **12500** usw.  
 145—150 cm breite Strapazierware, Meter ab **8000**  
 Ferner überaus grosse Auswahl in **Kammgarn, Tucho, Covercoat, Marongo, Hosenstoffen u. Manchester** zu noch sehr günstigen Preisen.  
 Kommen Sie, dann staunen Sie! Wiederverkäufer bevorzugte Preise!  
**Messing & Singer**  
 41 Kreuzstrasse 41  
 Fahrt wird vergütet



# Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.  
 ALLEINIGE HERSTELLER,  
**HENKEL & Cie., DUSSELDORF**



# Arno Holz

(Zu seinem 60. Geburtstag am 26. April 1923.)

Eine schluchzende Sehnsucht mein Frühling,  
ein heißes Ringen mein Sommer —  
wie  
wird mein Herbst sein?  
Ein spätes Gardengold?  
Ein Nebelsee?

Man möchte dem Zwange widerstehen, kann es sich aber doch nicht verlagern, bei einem Rückblick auf das Schaffen von Arno Holz Gerhart Hauptmanns zu gedenken. Hauptmann konnte im vorigen Jahre seinen Geburtstag begehen als ein Gefeierter, von allen (deren Stimme etwas galt) Anerkannter und Verehrter. Holz mag dem heutigen Tage mit einer tief eingetragenen Bitterkeit gegenüberstehen. Den Ruhm, der Hauptmann zuteil geworden ist, hat er nie beglückt, die Achtung, die er für sein immer der höchsten Leistung zugewandtes Schaffen beanspruchen zu können glaubte, hat er nicht in hinreichendem Maße gefunden. Von Holz hat Hauptmann die entscheidende Anregung zu Beginn seiner Laufbahn erhalten und ist dann Deutschlands führender Dichter geworden. Holz hat wohl eine Gemeinde, die ihm mit Begeisterung folgt, aber der Allgemeinheit ist sein Schaffen fremd geblieben.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der Weg dieses Dichters ein Dornenweg gewesen ist, daß das Leben sich ihm ungerecht gezeigt hat. Seine ersten Werke hat er unter den äuffersten Entbehrungen in der Dachstube geschrieben, und bis zur Gegenwart hat ihn wirtschaftliche Bedrängnis nicht zu der nötigen Unruhm beklümmertheit des Schaffens gelangen lassen. Die erste Auflage seiner Jugendgedichte brachte ihm 25 Mark ein, und auch die Einnahmen aus den späteren Werken sind durchaus kümmerlich geblieben. Ein großer Teil der Kritik hat sich seinen ersten Bestrebungen mit kaum entschuldigbarem Unverständnis widersetzt, und auch als die Presse ihm allseitiger wurde, hat sie ihm nicht genügend Bahnbrecherdienste geleistet. In größere Kreise ist sein Dichtung offenbar überhaupt noch nicht gedrungen. Holz' 60. Geburtstag muß als Gelegenheit betrachtet werden, diese Ungerechtigkeiten, so weit es möglich ist, noch auszugleichen.

Das Bestreben, Holz die Stelle in unserm Leben und in der Literatur anzuweisen, die ihm gebührt, darf aber nicht zu den Uebertreibungen führen, zu denen sich übertriebene Anhänger des Dichters hinreißen lassen. Man darf nicht (ohne sich lächerlich zu machen und dem Dichter zu schaden) die ganze deutsche Literatur seit Goethes Tode als epigonenhaft bezeichnen, eben mit Ausnahme von Arno Holz. Und man sollte sich hüten, die Lobpreisung von Holz mit der Herabsetzung anderer Dichter, vor allem Hauptmanns, zu verbinden. Daran ändert nichts, daß sich solche Parteigänger auf das Beispiel des Meisters selbst berufen können. Arno Holz ist eine aggressive Natur, die immer ins Extreme geht und von dem Recht des Schaffenden, undubdum zu sein, einen unbeschränkten Gebrauch macht. Dieser scharfe Diktator (Holz ist in Rostocker Kreisen) bildet sich immer eine Theorie und hält dann diese Behauptung für selbstverständlich unwiderlegbar. Er ist doktrinär bis auf die Knochen, programmatisch mit Scheuklappen, anpruchsvoll und rechtschaffen ohne alles Erbarmen. Dagegen kann man gar nicht anders als feststellen, daß die Ausübung bei ihm begrifflich hinter der auf das Höchste gespannten Forderung zurückbleibt. Was Holz zur Größe letzten Endes fehlt, das ist die Wärme des Herzens, ist die bewundernde Anschauung. Hauptmann, der begrifflich allerdings hinter Holz zurückbleibt, gewinnt durch das für den Künstler eben Entscheidende: die Wärme der Gesichte, die Körperlichkeit der Gestaltung. Trotzdem ist Holz eine der stärksten Dichterverrichtungen unserer Zeit.

Daß Holz bei der Erneuerung der verblühten deutschen Dichtung am Ende des 19. Jahrhunderts einer der Führer, vielleicht der bedeutendste Führer, gewesen ist, findet sich in jeder Literaturgeschichte verzeichnet. Der „Naturalismus“ einer jungen Generation wendete sich mit Wut gegen die ausgetrockneten Formen einer literarischen Lyrik und eines den Geschichtsdrames ab und fand den Weg zu einer natürlichen Darstellungsweise, die allein eine verbrauchte Dichtung wieder hochbringen kann. Das Auge lernte wieder sehen und sah auch, was man bisher nicht beachten durfte, das Elend des Proletariats, die Verkommenheit schrecklicher Mietskasernen, die Stillosigkeit und Verlassenheit des von der Gesellschaft Niedergedrückten, den Jammer der Geschickten den erwerbenden Anmut der am Leben Verarmten. Man erkannte, wie tief der Mensch in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen verankert ist. Man forderte vom Dichter, diese trübe Gegenwart ungeschönt darzustellen, um zum Kampfe aufzurufen, zur Verbesserung anzuführen.

Kein rückwärts schauender Bronchit  
Gehendet durch unsichtliche Wälder,  
Modern sei der Poet,  
Modern vom Scheitel bis zur Sohle.

Das ist der Ruf, den Arno Holz 1884 in der Sammlung seiner Jugendgedichte, dem „Buch der Zeit“ ausstieß. Es sind das an Demut, Freigraut und heine geschulte Werke, die nicht eben gut sind, aber einen frischen Ton anschlagen und aus sozialem Mitgefühl erwachsen sind. Einige von diesen Gedichten wird das Proletariat unter seine Kampffelder aufnehmen. Das eigentlich Neue gab dann Holz, unterstützt von Johannes Schlaf (später entspann sich zwischen beiden ein häßlicher Privatstreit, den Hof in dem

Drama „Sonnensfinsternis“ weitergesponnen hat), in der Erzählung von dem verelendeten Schauspieler „Papa Hamlet“ (1889) und andern Stücken aus dem Alltag und in dem Drama „Familie Sellide“ (1890), der Schilderung einer verfallenen Familie. „Neue Geleise“ (1892) durften die Dichter mit Recht die Sammlung ihrer Jugendgedichte nennen. Später hat Holz, wie die meisten andern Dichter dieser Generation, diese naturalistischen Geleise, die ihn in die Nachbarschaft des Sozialismus gebracht hatten, verlassen. In seinem lyrischen Lustspiel „Sozialaristokraten“ (1896) schildert Holz nach der Wirklichkeit einen Kreis Berliner Aristokraten, die vom Sozialismus zur Verehrung Nießches oder sonstwohin kommen, wie Eigenneugier und Torheit die innerlich Heillosen gerade treiben. Alfred Kerr bemerkt witzig-boshaft, in dieser Reihe habe doch wohl einer gefehlt. Arno Holz selbst. Man braucht nicht so fern zu sein, sondern nur festzustellen, daß Holz sich immer fester in sein Einzelgänger verhielt und in den Bemühungen um neue Formen verirrte.

Das erste Ergebnis dieser Bestrebungen war der „Phantastus“ (1898), der eine „Revolution der Lyrik“ darstellen sollte. Er sollte eine „natürliche Lyrik“ sein, ohne den Zwang der Metrik, nur dem Rhythmus der Dinge folgend. Einzelne kleine Gedichte können erweisen, im ganzen fehlt Holz zur inneren Musik. In der Folge hat Holz die Phantastusgedichte unheimlich anschwellen lassen, hat ihnen barocke, monströse Formen gegeben, die sich dem Genus entziehen. Im Drama schrieb Holz noch den „Sozialaristokraten“ zunächst zum Gedenkwort mit Otto Jerichow einige auf den Theatererfolg berechnete Stücke („Traumulus“, „Frei“ usw.), die er selbst nicht zur hohen Literatur rechnet. Dann bemühte er sich in „Sonnensfinsternis“ und „Ignorabimus“ um das höchste Ziel und eine neue Form. Er verleiht seinen Menschen eine spitz, bohrende, unerbittliche Sprechweise, er dreht den gleichen Gedanken aus Hunderten von Seiten in das Gehirn des Lesers ein. „Sonnensfinsternis“ ist die Tragödie seines künstlerischen Schaffens. „Ignorabimus“ stellt durch die Anerkennung spiritistischer Erscheinungen das naturwissenschaftliche Weltbild in Frage. Es ist dies ohne Zweifel ein Werk von unerhörter Eindringlichkeit, aber das man noch nicht das letzte Wort sprechen kann. Um das Bild von Holz' Schaffen vollständig zu machen, muß man noch den Gedichtband „Dasnis“ nennen, geschickte Nachahmungen der barocken Lyrik des 17. Jahrhunderts, und die „Blutschmiede“, eine gebanten- und formenreiche, aber schwer eingehende Satire auf Literatur und Publikum.

Für diese auseinanderstrebenden Elemente die Einheit zu finden, wird restlos heute noch nicht möglich sein. Es ist ein allzu weiter Weg von der „Familie Sellide“ bis zu „Ignorabimus“, vom „Buch der Zeit“ bis zur letzten Fassung des „Phantastus“. Wer Arno Holz kennen lernen will (und es ist dies eine Forderung), sollte zunächst zu seinen früheren Werken greifen bis zu den „Sozialaristokraten“, die man überall auf die Bühne bringen müßte; mag dann jeder sehen, was für eine Stellung er zu dem späteren Arno Holz einnehmen will. Daß wir in Holz einen immer strebenden Künstler und eine der stärksten Dichterverrichtungen unserer Zeit zu erblicken haben, muß jedenfalls durch die Beachtung des heutigen Tages zur allgemeinen Erkenntnis werden. E. J.

Ich öffne ein kleines Gitter,  
Die Wälder fallen.

Ueber den Weg, durch weisses Laub, hüpfen Schwarzdrosseln,  
an verwitternden Kranz im Sonnensicht spielen glühende Fäden

In einer Ede,  
— der Esen blüht, ich blühe mit —  
auf einem Stein liegen Rosen.

Dünne Ranken, graues Moos und Tautropfen.  
Die alten Buchstaben sind kaum mehr zu lesen.

Mit Würde nur entziffere ich:  
„Ein ... un ... de ... kann ... ter ... Mann.“

Arno Holz.

## Aus dem Fuch der Zeit.

### Lieder eines Modernen.

#### Inklare.

Die deutsche Sprache war einst in alter Zeit  
ein blondes Volkweib das durch die Wälder strich;  
doch heut ist längst ihr schlotternder Busen  
platt wie ein Plättbrot!

Das gute Fräulein hat zu viel Tee geschluckt  
und leidet nun an Husten und Hysterie;  
ich aber frage, wann wird sie wieder  
jaugrod wie Luther?

#### An die Konventionellen.

Ihr habt genug mein armes Hirn gebüffelt,  
ich kan nicht wieder wie das liebe Weib;  
längst hab ich non den Schuhen ihn geschüttelt,  
den grauen Schultaub eurer Poesie!

Ich hab mich umgesehen in meinem Volke!  
und meiner Zeit bis tief ins Herz gekaut  
und nächstlich ist aus dunkler Wetterwolke  
ein heilig Feuer in mein Lied getaut.

Nun auf ich zu des Himmels goldenen Kronen:  
Dreimal verflucht sei jegliche Dressur!  
Zum Teufel eure kindlichen Schablonen!  
Ich bin ein Mensch, ich bin ein Stück Natur!

#### An die „oberen Zehntausend“.

Und wieder rollt nun sterbend ein Jahrhundert  
dem Abgrund zu, dein uns die Zeit verschlingt,  
und ihr seid immer noch nicht abgeplündert,  
nicht hinter die Kullissen abgehinkt?

Wollt euch nicht länger freventlich vermessen,  
denn euer Lebensnerve ist abgestumpft,  
denn eure Kronen sind von Rost zerfressen  
und eure Stammbaumwälder sind verpumpt!

Ein neu Geschlecht, schon weht es seine Schwärmer,  
schon weht die Sonne ihm den Glorienschein,  
und glaubt: Es wird kein weichenblauer Werther,  
es wird ein blutiger Messias sein!

#### Mein Herz schlägt laut ...

Mein Herz schlägt laut, mein Gewissen schreit.  
Ein blutiger Frevel ist diese Zeit!  
Am hölzernen Kreuz verzehret der Gott,  
Kindern und Toren ein höchster Spott;  
verlösch ist am Himmel das letzte Rot  
über die Welt hin schreiet der Tod,  
und trunken durch die Gewitternacht klingt  
das blügende Lied, das die Nachtigall singt!

Die Menschheit weint um ihr Paradies,  
braus sie ihr eigener Dämon vertrieh  
und heimlich zischt ihr die rote Mut  
ihre Parole zu: Gold und Blut!  
Gold und Blut, Blut und Gold!  
Sei, wie das Klapper, hei, wie das rollt!  
Und wüßt dazwischen kräht der Hahn:  
Volksohnmacht und Cäsarenwahn!

Und immer dunkler wird die Nacht,  
die Liebe schläft ein, und der Haß erwacht  
und immer spitziger beht sich die Luft  
und immer angstvoller schwillt die Brust;  
kein Stern, der blau durch die Wolken bricht,  
kein Lieb, das süß von Erlösung spricht —  
mein Herz schlägt laut, mein Gewissen schreit:  
Ein blutiger Frevel ist diese Zeit!

#### Phantastus.

1.

Ihr Dach stieg fast bis an die Sterne,  
vom Hof her stampfte die Fabrik,  
es war die richtige Mietskasernen  
mit Flur- und Leiermannsmusik.  
Im Keller nistete die Ratte,  
partiere gab's Branntwein, Grog und Bier,  
und bis ins finstere Stodwerk hatte  
das Vorstadtelend sein Quartier.

Dort sah er nachts vor seinem Blicke  
— dud nieder, nieder, wider Hohn! —  
und fieberte und schrieb Gedichte,  
ein Träumer, ein verlornen Sohn!  
Sein Stübchen konnte grade fassen  
ein Tischchen und ein schmales Bett;  
er war so arm und so verlassen,  
wie jener Gott aus Nazareth!

Doch pfiff auch dreist die feile Dirne,  
die Welt, ihn aus: Er ist verrückt!  
Ihm hatte leuchtend auf die Stirne  
der Genius seinen Ruh gebückt.  
Und wenn vom hohen Wahnstirn trunke  
er zitternd Berg an Berg gereiht,  
dann schien auf ewig ihm verjunkten  
die Welt und ihre Nächsterheit.

In Fehen hing ihm seine Blut,  
sein Nachbar ließ ihm trocknes Brot,  
er aber stammelte: O Muesel  
und wußte nichts von seiner Not.  
Er sah nur still vor seinem Blicke,  
allmächtig, wenn der Tag entloh,  
und fieberte und schrieb Gedichte,  
ein Träumer, ein verlornen Sohn!

## Ein Berrücker.

### Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Kuederer.

Copyright by Georg Müller Verlag N.-G., München.

Zimmer entschloener hatte der Förster geredet, aber der Geistliche bewachte vollkommen seine Haltung:

„Das muß auf einem Mißverständnis beruhen, denn die Kirche läßt jedem freie Hand und zwingt niemanden in ein Kloster zu gehen, es wäre denn der freie Wille der Betroffenen!“

„Über ...“

„Bitte um Entschuldigung, ich habe nur ein einzigesmal unserm kranken Vöiten den schönen Spruch des Evangeliums: Wer seine Tochter verheiratet tut gut, wer sie nicht verheiratet tut besser! vor Augen gehalten. Das war alles, und ich möchte das logar ausdrücklich feststellen, damit nicht weitere Mißverständnisse entstehen, die mir meinen Beruf als Seelsorger unnötig erschweren.“

„Sonach haben also Hochwürden mir gegen meine Verheiratung einzuwenden“, fragte Göpfert in artigem Tone.

„Ich wüßte nicht, wie ich dazu kommen sollte.“

„No, Vöiten“, rief der Förster, indem er sich zu dem Bauern wandte. „Sagt halt d' es gehört, de Kathi is vollständig frei, d'rum frag i no amal: Gibt's mir jetzt oder nei?“

Mit zitternden Händen tastete der Bauer nach dem Arme des Geistlichen. Der Förster verstand sein Wort, als sich die beiden schied und unterhielten, aber er sah den Geistlichen meermals zustimmend an. Als die Unterhaltung beendet schien, wiederholte Göpfert seine Frage und verlangte sofortige Antwort: Vöiten redete sich mühsam ein Stöhnen empor und räusperte sich. Er wollte bei dem bedeutungsvollen Ate doch eine gewisse Bestimmtheit nicht mitbringen und sich in Positiv werfen. Erst knüpfte er seine offenstehendes Hemd zu, dann schob er die Decke zurecht und holte Atein:

„Der Herr Benefiziat ... der hat ... sein'n Segen geb'n, d'rum sag i ja, Herr Förster, i hab nit mehr bawlden!“

Göpfert gab ihm die Hand und wandte sich mit triumphierendem Gesichte zu dem Geistlichen:

„I sag Hochwürden den herzlichsten Dank für die gütliche Fürsorge, in mei'n Namen und a' glei für de Kathi.“

Auffallend blaß sah der Geistliche aus. Er verzogte sich leicht gegen den Förster und verließ nach kurzer Verabschiedung von Vöiten eilig das Zimmer.

Nun aber brach bei Göpfert ein Uebermut hervor, der sich bis zur Ausgelassenheit steigerte.

„Nach, daß d' raus kommt, Kr. ittmayer!“ schrie er dem Wirt zu, der mit scharfer Beobachtung diese Scene beobachtet hatte. „Hol a Bier oder an Sch. mpanija h. r., ich woll'n wir amal lusti sein.“

Kreittmayer eilte zur Türe.

„Kannst a de Kathi alet mitbringen“, rief ihm der Förster nach.

„Wir müssen's ihr jetzt do a sagen, was ihr bevorzucht, geht, Vöiten?“

Der Bauer stimmte seinem Schwiegersohne zu und Göpfert rief sich zufrieden die Hände. War es doch ein echter Jägerstreich, der ihm den raschen Erfolg gesichert hatte. Bieletzt zwei Tage später, und alles wäre verspielt gewesen, aber die Jäger stehen früh auf Herz Benefiziat! Hal hal Wele den finsternen Patron wohl die Dankesworte getroffen haben mochten, die ihm der Förster abtrottel noch auf den Weg mitgab, als reinsten Hohn auf die Tätigkeit des eifrigen Seelsorgers! Das verdiente er schon, der heimtückische Geselle, der ein blutgieriges Mädel ins Kloster sperren wollte. Nichts tat. Der Benefiziat ließ nicht mit sich spaßen. Was ihm in den Weg trat, das stieß er rückwärts nieder und so wollte er's auch für alle Zukunft halten, denn auf diese Weise kommt man am besten durch das Leben.

Gemächlich wandte sich Göpfert zur Türe. Dort erlähnte der ausgesandte Kreittmayer mit vier Flaschen Rotwein, einem Päckchen Figarren und mehreren Gläsern. Mit der andern Hand zog er Kathi herbei und schob sie direkt vor den Förster hin. Göpfert betrachtete sie schmunzelnd.

„Geh her, Kathi“, sagte er, „brauchst nei g'hamt a' sein, derßi mir scho anschau'n. So is recht! Und jetzt sagst mir amal: „G'fall i dir oder g'fall i dir nei!“

Das Mädchen wußte nicht, was das heißen sollte und bläute ihn unglückselig an.

„Sie merkt no gar nit“, lachte Göpfert zu Kreittmayer hin. „Ja a dalkes Ding, de Kathi, weil i no net g'spannt hat, daß i. d' rein verkrat bi. Woagt was, Mädel? A Bussel seht mer geben, heiraten sollst mi, hast mi jetzt verstanden?“

Ohne ihre Antwort abzuwarten packte sie der Förster mit beiden Händen und schmachte mit beidem Gesagen drei Küsse auf ihre Lippen. Als er sie losließ, war ihr Gesicht dunkelrot und der geschlossene Mund zitterte in heftiger Bewegung.

„Ganz stumm is i' no, de Kathi“, lachte der Wirt, indem er die vollen Gläser herumreichte.

„Also stoßen wir an!“ schrie Göpfert und ging auf seine Braut zu.

Diese stand wie versteinert auf ihrem Platze. Sie hoß das Glas nicht empor, das man ihr in die Hand gedrückt hatte.

„Was is denn das?“ fragte der Förster gedehnt, weil er jetzt ihre sonderbares Wesen bemerkte.

Ein schrilles Klirren bedeutete die Antwort, Kathi hatte das Glas fallen lassen. In Scherben lag es am Boden, und der rote Inhalt strömte wie eine lange Blutkacke über die Dielen. Alle blickten auf das Mädchen, das laut zu weinen begann.

„Du bist aber a dumm's Ding“, sagte Göpfert. In den Ton seiner Stimme m'achte sich Arges und Mißbehagen. Was hatte sie denn, die alberne Dirne, warum weinte sie mit einem so lächerlichen Gesichte und ließ dabei die Arme hängen, wie ein armer Sünder den man zur Richtbank führt?

Der alte Bauer suchte das Rätsel zu entziffern. Er sah mit zunehmender Unruhe auf seine Tochter:

„Was stentst?“ A Antwort gibst! ... Ja? ... den Herr Förster will di heiraten, so viel wirft wohl verstanden hab'n, und i und der Herr Benefiziat haben 'n Segen dazu geben, also nacher werd's dir wohl a recht sein?“

Sie fand immer noch keine Worte

(Fortsetzung folgt.)







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. April.

Parteiangelegenheiten.

Westbezirk. Sonnabend, 7 Uhr, im Gosenhöfchen, Elisabeth-alle, Bericht der L. R. Schönefeld. Genossen, welche sich noch zum Selbstschutz melden wollen, müssen spätestens bis Freitag...

Kartellversammlung. Heute abend 7 Uhr im Kartellführungssaal.

Mitglieder-Versammlungen der VSPD. Groß-Leipzig. Generalversammlung des Ortsvereins Eutzsch. Morgen Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Turnhalle, Wittenberger Str. 55.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

In einer der Sitzung der Stadtverordneten vorausgehenden Gemeinsamen Sitzung sollten Rat und Stadtverordnete sich einigen über die früher abgelehnte Summe von 50 000 Mk. für den Geistlichen der Arbeitsanstalt.

Als Vertreter in die Verbandssammlung des Fürsorgeverbandes wurde Bürgermeister Dr. Kubitz mit 60 Stimmen gewählt. Die Kommunisten hielten ihren Genossen Hertel für geeigneter und schlugen ihn als Kandidaten vor.

Unter den Eingängen befand sich unter anderem eine Rückantwort des Rats über die Rentabilität des Dölliger Bades. In den 12 Monaten vom März 1922 bis Februar 1923 wurden 7804 Bäder abgegeben.

Wert- und Haushaltungsunterricht in den Volks-, Fach- und Fortbildungsschulen.

Unser Leser sind über die Schäden, die durch die Aufhebung der Klassenleitung beim Wert- und Haushaltungsunterricht in Leipzig drohen, unterrichtet. Eine Eingabe des Lehrervereins, über die Gen. Hertel berichtete, verlangte eine Stellungnahme der Stadtverordneten dazu.

1. Die Eingabe, soweit sie nicht durch die inzwischen erfolgte Entscheidung des Schulamts überholt ist, wird dem Ratsrat insofern zur Berücksichtigung überwiesen, daß der vorläufig bestehende Zustand solange aufrechterhalten bleibt, bis die endgültige Entscheidung im sächsischen Landtage gefallen ist.

Überbürgermeister Dr. Rötke erklärte mit großem Bedauern, daß nicht der Rat, sondern das böse sozialistische Ministerium schuld an dem Zustande sei. Es habe die Eingaben des Rats, die für den geistlichen Unterricht notwendigen Lehrer zu bewilligen abgelehnt.

Genosse Hertel sagte diesem merkwürdigen Volksschulfreund aber auf den Kopf zu, daß beim Rat für höhere Schulen und Privatschulen Mittel genug vorhanden sind. Um eine Schädigung der Volksschule zu verhindern, hat der Rat aber kein Geld übrig!

Ein Herz und eine Seele mit dem Oberbürgermeister war Prof. Wörner. Wenn die Klassenleitung beibehalten würde, würde man ja sagen, die Stadt schwimme in Geld und könne sich besondere Extravaganzen leisten!

Genosse Freitag forderte noch, daß nicht der Rat allein, sondern daß die Stadtverordneten mitentscheiden sollen, ob eine solche Schädigung der Volksschule eintreten soll, wenn der Landtag doch aus irgendeinem Grunde nicht auf eine Veränderung des Gesetzes zukommt.

Der Antrag Witterisch wurde gegen 40 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag 1 der Ausschüsse stimmte der Unternehmensfondus Dr. Kunath, der also die Volksschüler sofort auf einen tieferen Stand heruntergedrückt sehen will.

Gen. Freitag erklärte, daß die Vermittlung Bachscher Schöpfungen an die Allgemeinheit eine Kulturaufgabe sei, für die unsere Fraktion gern die Mittel bewilligen werde.

Das Kollegium bewilligt die Mittel mit der Maßgabe, daß die Kirchenkonzerte nicht ein Teil des Gottesdienstes sein dürfen, sondern zeitlich von ihm getrennt abzuhalten sind.

Stand heruntergedrückt sehen will. Beim Antrag 2 ergab sich eine „bedrückliche“ Differenz bei den bürgerlichen Parteien, denn Herr Kunath wurde noch von dem beträchtlichen Herrn Wörner unterstützt. Die beiden Unentwegten sahen sich sehr verärgert an, als sogar ihre Getreuesten ihnen die Gefolgschaft verweigerten.

Ein Reinfall eines Gegners der städtischen Regie.

In einer früheren Sitzung hatte bei einer Aussprache über eigene Regie im Baubetriebe der Stadt Dr. Kunath auf die Abrechnung des Baues des Wasserwerkes in der Madonnenau hingewiesen, aus der hervorgehen sollte, daß die Stadt besser führe, wenn sie nicht alles in eigener Regie herstelle.

Gen. Freitag erklärte, daß die Vermittlung Bachscher Schöpfungen an die Allgemeinheit eine Kulturaufgabe sei, für die unsere Fraktion gern die Mittel bewilligen werde.

Genügend Geld für kirchliche Kultuszwecke.

Die Kirche hat kein Geld mehr, die sonntägliche Kirchenmusik ausführen zu lassen. Der Rat will deshalb für die Aufführung in der Thomaskirche die Kosten (rund 1 1/2 Millionen) übernehmen.

Gen. Freitag erklärte, daß die Vermittlung Bachscher Schöpfungen an die Allgemeinheit eine Kulturaufgabe sei, für die unsere Fraktion gern die Mittel bewilligen werde.

Antrag der VSPD.

Das Kollegium bewilligt die Mittel mit der Maßgabe, daß die Kirchenkonzerte nicht ein Teil des Gottesdienstes sein dürfen, sondern zeitlich von ihm getrennt abzuhalten sind.

Gegen diese Zumutung, städtisches Geld für Kultuszwecke (Pflege der Bachmusik) und nicht für Kultuszwecke (Pflege des Gottesdienstes) auszugeben, wandte sich energisch die Demokratinnen Frau Wendelsohn-Bartholdy!

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Da die Jinsen der Stiftung nicht mehr ausreichen, den Betrieb der Wienerischen Blindenanstalt aufrechtzuerhalten, hat der Rat beschlossen, die Anstalt zu schließen und beim Ministerium zu beantragen, die in der Anstalt untergebrachten blinden Kinder in die Staatsanstalt Chemnitz-Altendorf zu übernehmen.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

meisten Punkten der sächsischen Grundlage entbehre. Bürgermeister Dr. Kubitz erklärte dazu, daß nach Möglichkeit Verbesserungen durchgeführt werden sollen.

Höhere Befolgungen. Ohne Bericht und Debatte wurden 2 963 348 000 Mk. für höhere Befolgungen und Löhne der städtischen Beamten und Arbeiter bewilligt.

Die Mehnhalle auf dem Markte. Das Rathaus hat beantragt, gegen eine Entschädigung von 40 Millionen die Mehnhalle bis zum Herbst 1924 stehen zu lassen.

Sonstige Beschlüsse. Für Dachdeckerarbeiten an Schulen wurden 16 300 000 Mark bewilligt. Zur Instandsetzung der Häuser in Lößnitz wurden 28,75 Millionen und zur Abdeckung der dortigen Abwassergräben 46,7 Millionen bewilligt.

Der Herfurthverlag am Pranger. Durch einstweilige Verfügung des Berliner Amtsgerichts war dem Herfurth-Verlag unter Strafanzeige unterlagert worden.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.

Die Beschlüsse haben der Ratsvorlage zugestimmt unter der Voraussetzung, daß bei Schließung der Anstalt die Versorgung der blinden sowohl als der schwachen Kinder sichergestellt ist.



